

---

## Abschied von den GMH\*

---



### Hans Dieter Baroth: Von den Schwierigkeiten ein Blatt zu machen

*Hans Dieter Baroth lebt als Autor und Journalist in Berlin.*

---

„Wenn ich in die Versammlung des SPD-Ortsvereins Mannheim-Vogelstang fuhr und es waren 34 Genossen anwesend, saßen vor mir 34 Chefredakteure.“ Das erzählte Ulrich Preußner. Preußner, der spätere Pressesprecher des DGB, war Redakteur bei der Mannheimer sozialdemokratischen Tageszeitung „AZ“. Jeder von den Anwesenden hatte schon mal eine Zeitung gelesen, folglich wusste er besser als ein Redakteur, wie sie eigentlich gemacht sein müsste. Die Mannheimer waren klassische Funktionäre, getragen von der Überzeugung ihrer Allgemeinkompetenz. Zum Beginn der Bundesrepublik existierten viele sozialdemokratische Tageszeitungen. Weil dort Funktionäre von unten bis in die Chefetagen das Sagen hatten, gibt es keine mehr. Es überlebten nur solche, an denen die Partei lediglich beteiligt ist. Harald Schöpferle, einst Jugendsekretär in Mannheim, analysiert den Grund des Unterganges der „AZ“: „Sie wurde vom jeweiligen Vorsitzenden als sein Sprachrohr missbraucht. Die Artikel über ihn waren die längsten, aber es stand nichts drin.“

Ich leitete nacheinander zwei Blätter des DGB: zunächst das Jugendmagazin „ran“, danach die Wochenzeitung „Welt der Arbeit“ (WdA). Mein Credo bei beiden Zeitschriften lautete, sie müssten verkauft werden, um durch Abonnenten Stärke gegen Einreden von Funktionären zu gewinnen. Ein Gewerkschafter aus Frankfurt (Oder) definiert Funktionäre als Spezialisten für das Allgemeine. Der frühere DGB-Vorsitzende Ernst Breit bezeichnete seine Kollegen gelegentlich als Universal-Dilettanten. Im Unterschied zu den Kritikern in Mannheim-Vogelstang hatten die Funktionäre, mit denen ich es zu tun hatte, aber Macht, denn sie waren Vorstandsmitglieder. Die Kompetenz der fachlich Inkompetenten prägte die Arbeit: Ein Gewerkschaftsredakteur arbeitet zu 50 Prozent an der Recherche, die restliche Hälfte muss er für Rechtfertigungen nach innen aufbringen. Insbesondere dann, wenn über Missstände in den Betrieben berichtet oder eine ketzerische politische Meinung geäußert wurde. In Konzernen ist zuständig für das Fernsehen der Vorstandsvorsitzende, für die Printmedien die Pressestelle, gegen die Gewerkschaftspresse der Betriebsrat. Zwar war ich

\* Die nachfolgenden Texte wurden noch Ende 2004 abgeschlossen. Die Red.

bei der Jugendzeitung laut Impressum der Chefredakteur, aber angeschrieben wurde von außen grundsätzlich der Vorsitzende Heinz O. Vetter, der beweisbar nicht in der Redaktion saß; er war nicht einmal Herausgeber. Die Beschwerden ohne Faktenbelege gingen an den „lieben Heinz“, den „lieben Kollegen Vetter“ oder an den „sehr geehrten Herrn Vetter“. Seine Rückfragen an mich, den Unter-Chefredakteur, begannen meist mit dem Satz: „Was hast du denn schon wieder angestellt?“ Somit war ich zunächst grundsätzlich Beschuldigter. Dann begann die redaktionsinterne Rechtfertigungsmaschine zu arbeiten. Es wurden erheblich mehr Seiten Beweise vorgelegt als der jeweils von außen kritisierte Artikel lang war. Wurde ich von Zeit zu Zeit in den Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) zitiert, saßen dem Jugendredakteur eine aus damaliger Sicht alte Frau und acht greisennahe Männer gegenüber. Es ist ein Irrtum zu glauben, sie hätten sich informieren wollen, wie es bei der aufmüpfigen Jugend so aussehe. Nein, die neun Vorständler wollten mir, hin und wieder sogar nachsichtig und wohlwollend, erklären, was die Jugend lesen soll und wie ein Blatt für die jungen Gewerkschafter gestaltet sein müsste. Und das in der Phase nach den 1968ern, in der sogar die katholische Jugend und Männer in der Bundeswehr aufbegehrten!

Das Credo von Funktionären/Mandatsträgern gegenüber so genannten *eigenen* Medien lautet etwa: Die Mitglieder *sollen* das lesen. Der Redakteur kämpft meist vergeblich mit dem Argument, es gehe darum, was die Menschen lesen *wollen*.

Ein Vorsitzender entdeckte in der Jugendzeitschrift eine Karikatur, die er als kirchenkritisch empfand. Er informierte eine Vorstandskollegin aus dem christlichen Lager, die sich auf seinen Hinweis hin aufregte. Beide warfen die innergewerkschaftliche Empörungsmaschine an. Eugen Loderer, Vorsitzender der IG Metall, sagte nach einer Bundesvorstandssitzung zu seinem Büroleiter Paul Flum, es lägen Beschwerden vor, er solle deshalb die ran überprüfen. Paul Flum rief mich an. Er habe das Magazin nun mehrere Male gelesen, sogar die Leserbriefe, er finde nichts. Als ich auf die Karikatur verwies, lachte er laut. Ich wurde von 17 Chefredakteuren als Chefredakteur der ran abgesetzt. Die 17 Chefredakteure waren die 17 Vorsitzenden, die sich zu einer Sondersitzung getroffen hatten. Ein Chefredakteur enthielt sich der Stimme, es war Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Medien. Mir wurde nie eine Beschwerde aus dem Bereich der Abonnenten vorgelegt.

Später als Chefredakteur der Wochenzeitung WdA erhöhte sich die Zahl der Einredner über mir: 17 Vorsitzende der Gewerkschaften, acht Mitglieder des GBV, die ihre Interessen im Blatt lesen wollten, dazu der DGB-Vorsitzende als Herausgeber. Ob Helmut Kohl oder Jochen Vogel, der Chefredakteur der WdA hieß „sehr geehrter Herr Vetter“, später „sehr geehrter Herr Breit.“ Einmal bekam ich von dessen Büro eine Warnung, es werde nun ernst: Bundeskanzler Kohl habe wiederholt geschrieben, aber nun der Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble in der selben Sache. Ernst Breit verteidigte mich oft, sogar gegen Wolfgang Schäuble. Selbstverteidigung war nicht möglich. Meine Einwände in Gremien, wenn sich die Union oder Nicht-Abonnenten beschwerten, sei das gleichzusetzen mit einem Schwarzahörer, der sich über das Programm beklage, galten selten. Erst später begriff oder verstand ich, dass es Heinz Oskar Vetter und Ernst Breit über mir sehr schwer hatten mit dem Verbandsblatt.

Eigentlich wurde innergewerkschaftlich die informationsfreie Berichterstattung gewünscht. Aber dafür will niemand zahlen. Übersetzt der Redakteur den englischen Begriff „Newspaper“ puristisch mit Neuigkeiten-Papier für die Zeitung des Verbandes, hat er einen schweren Alltag. Daraus zwei Beispiele von leider vielen Ärgerlichkeiten. Bei der Gewerkschaft HBV in Hessen wurde ein Jugendbildungssekretär gewählt und eingestellt, den der Vorsitzende nicht schätzte. Das Ergebnis der Wahl meldete die WdA. Über Jahre traktierte mich der Landesvorsitzende mit der Frage, warum wir das gemeldet hätten. Die Gegenfrage,

das Ergebnis sei doch korrekt gewesen, wurde erwidert mit: „Aber das musstet ihr doch nicht berichten.“

Franz Steinkühler hatte auf einer öffentlichen Funktionärskonferenz die Frage gestellt, ob die Gewerkschaften eine eigene Werbeagentur unterhalten müssten. Die WdA berichtete darüber. Verständliche Aufregung bei den Beschäftigten der Agentur. In der Sitzung des DGB-Bundesvorstandes machte mir der Vorsitzende der IG Medien, Erwin Ferlemann, heftige Vorwürfe wegen des Berichtes. Ihm gegenüber saß Franz Steinkühler. Den kritisierte er wegen der Rede nicht, aber heftig den Überbringer. Die anderen Anwesenden in dem Gremium fanden die Szene nicht einmal absurd.

Irgendwann im Laufe der Jahre hatte sich jeder der 17 Vorsitzenden mal geärgert. Als die WdA 1988 wie symbolisch im Mannheimer Hotel „Maritim“ aus finanziellen Gründen versenkt wurde, hatte ich keine Freunde mehr. Aber ich war reicher geworden an Erfahrung - eine verkaufsfähige Verbandszeitung lässt sich nicht machen. Dass die Gewerkschaftlichen Monatshefte eingestellt werden, ist nicht *das* Ereignis - dass es sie so lange gab, ist hervorzuheben!



## Heinz-J. Bontrup: Noch weniger Möglichkeiten zu Gegenpositionen

*Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup lehrt Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Gelsenkirchen.*

Den DGB-Vorstandsbeschluss, die Gewerkschaftlichen Monatshefte nach 55 Jahren einzustellen, halte ich für völlig verfehlt. Die GMH stehen in einer langen Tradition von kritischer, wissenschaftlicher Reflexion gesellschaftlicher und ökonomischer Entwicklungsprozesse und dem Aufzeigen von Gegenpositionen im Interesse der Arbeitnehmerschaft. Dies war auch die Intention von Hans Böckler, der hier noch einmal zitiert werden soll: „Die Gewerkschaftlichen Monatshefte sollen ein Diskussionsorgan sein, in dem Gewerkschaftler und Vertreter der Wissenschaft, Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion zur Lösung der Wirtschafts- und Sozialprobleme beizutragen.“ Diesbezüglich waren die GMH gerade in den vergangenen 20 bis 25 Jahren gefordert, eine Plattform für vielfältige sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Veröffentlichungen gegen die schwerwiegenden Fehlentwicklungen des neoliberalen Mainstream zu ermöglichen. Dieser, bis heute mit massiver medialer Unterstützung umgesetzte, unheilvolle Politikkurs behauptet nach wie vor, dass der beste Weg zur Bekämpfung der dramatisch angestiegenen Massenarbeitslosigkeit über noch mehr Lohnsenkungen bei verlängerten Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und einer Bekämpfung von Arbeitslosen (siehe Agenda 2010 und die so genannten „Hartzgesetze“) führe. Außerdem seien weitere

---

Steuersenkungen insbesondere für Unternehmen und Vermögende bei gleichzeitiger Beschneidung, ja sogar bei einem Abbau des Sozialstaates notwendig. Diese auf Umverteilungsorgien zur gesamtwirtschaftlichen Gewinnquote hinauslaufende Wirtschafts- und Sozialpolitik wird, wie bereits hinreichend empirisch belegt, die bundesdeutsche Gesellschaft letztlich immer mehr in Arm und Reich segmentieren und nachhaltig negative kontraproduktive ökonomische Folgen haben. Unter dem Regime der neoliberalen Politikanwendung ist, wie gebetsmühlenhaft behauptet, die Massenarbeitslosigkeit nicht bekämpft worden, sondern im Gegenteil massiv angestiegen. Hinzu kommt noch eine ebenso neoliberal geforderte und auch umgesetzte prozyklische Finanz- und Geldpolitik, die angeblich die Staatsverschuldung zurückführen soll, aber leider auf Grund des Sparparadoxons immer größer wird.

Bei einer heute im Denken gleichgeschalteten neoliberalen Politik sind gerade die Gewerkschaften und Wissenschaftler massiv gefordert, dem etwas durch zusammenhängendes Wissen entgegen zusetzen. Dies war in der Vergangenheit durch ein breites Spektrum an Aufsätzen in den GMH möglich. Wie wichtig dabei Wissen in Abgrenzung zur rein fragmentierenden Information ist, die ohne erkennbare Struktur, ohne geschichtliche Hintergründe, ohne Rückverweise auf vergleichbare Ereignisse eben keine Zusammenhänge erklärt, zeigen uns täglich die Print-Medien sowie Fernsehen und Radio. Hier werden zwar Informationen verabreicht, aber es wird in erster Linie eben kein Wissen vermittelt und damit auch kein Bewusstsein für ein dringend benötigtes dialektisches Denken geschaffen.

Auf Wissen darstellende und vermittelnde Zeitschriften sind insbesondere die gesellschaftlich immer mehr bekämpften und diffamierten Gewerkschaften angewiesen. Da tröstet dann auch nicht der Hinweis, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand des DGB beauftragt wurde, ein Konzept für eine Nachfolgepublikation zu entwickeln. Wenn man dies wirklich will, warum wird dann die Herausgabe der GMH eingestellt? Aus Kostengründen, die übrigens kein Argument sein können, offensichtlich nicht. Geht es aber nur um eine marketingmäßige Neukonzeption zur Vergrößerung des Wirkungsgrades der GMH, so wäre diesbezüglich sicher nichts einzuwenden – im Gegenteil. Dies kann man aber auch, siehe andere traditionelle Zeitschriften, bei „laufendem Geschäftsbetrieb“ tun.

Gerade heute benötigen die Gewerkschaften in der fast einseitigen Medienlandschaft eine Kontinuität zur Darlegung ihrer Gegenpositionen und ein wissenschaftlich fundiertes Sprachrohr, in dem auf sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher sowie einer historischen Basis interdisziplinär die Belange der Arbeitnehmerschaft herausgestellt und ihre Interessen gegen die mittlerweile übermächtige Kapitalfraktion vertreten werden. Es ist zu befürchten, dass mit der Abschaffung der GMH ein wichtiges Rädchen zur Entfaltung und Verbreitung einer kritischen Gegenposition zum oben angesprochenen und vorherrschenden neoliberalen Denken herausgebrochen wird. Damit schwächen sich die Gewerkschaften an einer wichtigen Stelle unnötig selbst, zumal sowohl in den allgemeinen Medien, aber auch in den wissenschaftlichen Zeitschriften an den Hochschulen kritische Stimmen und Gewerkschaftspositionen immer mehr verstummen bzw. erst gar nicht mehr zu Wort kommen.



## Ulrich Borsdorf: Ende ungut, alles ungut

*Prof. Dr. Ulrich Borsdorf ist Direktor des Ruhrland-Museums Essen.*

Wenn ich einen Blick auf meine ausgefüllten Bücherwände werfe, fallen sie zwar nicht durch ihre Farbe auf, die an den Rostschutzanstrich Mennige erinnert, sondern durch ihre Menge: die Gewerkschaftlichen Monatshefte. Ich habe sie alle, vom ersten bis zum vorletzten Heft. Welch eine Welt des Wissens, des Denkens, des differenzierten Engagements, der Forschung und der gebildeten Meinung. Welch ein Dokument der Zeit(en), Welch ein Beweis des Fleißes, des Ringens um eine bessere Welt, geschrieben von den Besten, Autoren und Autorinnen, die den Gewerkschaften nahe standen, auf jeden Fall aber der Sache der Arbeitnehmer in ihrer komplexen Struktur. Voll von Themen, Problemen, Diskussionen, Dokumentationen, Argumenten, von Ergebnissen der Wissenschaften: Geschichte, Soziologie, Recht, Betriebs- und Volkswirtschaft, Politik- und Staatswissenschaften, kurz, das Denken und Handeln von mindestens drei Generationen von Wissenschaftlern, Publizisten, Gewerkschaftern, Politikern und anderen, denen die Zustände und der Wandel der Gesellschaft in Deutschland des nachdenklichen Schreibens wert waren. Ein Gedächtnis der Gewerkschaften, ein Denk-Mal ihres Wesens und Wirkens. Und nun nicht mehr?

Es ist keine Nostalgie eines ehemaligen Redakteurs, der das Vergnügen hatte, unter der verständigen, umsichtigen, stets wissbegierigen und diskursfähigen Anleitung von Gerd Leminsky - wissen die Gewerkschaften überhaupt, was sie an ihm und Hans-Otto Hemmer haben, gehabt haben? - verantwortlich zu schreiben und zu redigieren. Es ist keine Nostalgie, sondern der enttäuschte Zorn eines, der geglaubt hat, es sei den Gewerkschaften wichtig, im Austausch mit den Klugen in unserem Land sich über die Mühen des Alltags zu erheben, sich Zeit zu nehmen zu reflektieren, über den Tag hinaus zu denken. Geldmangel? Lächerlich, bei den geringen Kosten, die die GMH verursachten. Nicht mehr zeitgemäß, zu unmodern, nicht spektakulär, zu wenig Farben und Glanz? Welch eine Verirrung. Welch eine Stilllosigkeit. Welch selbstvergessene Zeitgeisterei.

Was bleibt? Achselzucken. Verständnislosigkeit. Als ob die Gewerkschaften uns Wohlmeinende nicht mehr brauchten, die, an welchem Ort in unserer Gesellschaft auch immer, der Sache der Gewerkschaften zugetan und zugehört sind – oder waren? Wenn das Hans Böckler wüsste!



## Christoph Butterwegge: Schwer ersetzbar

*Prof. Dr. Christoph Butterwegge leitet die Abteilung für Politikwissenschaft und ist Geschäftsführender Direktor des Seminars für Sozialwissenschaften an der Universität zu Köln.*

Die hoch entwickelten Industriegesellschaften befinden sich gegenwärtig im Umbruch, Gewerkschaften und andere Großorganisationen nicht zuletzt deshalb in einer Sinnkrise. Umso notwendiger brauchen sie Publikationsorgane und Diskussionsforen, in denen möglichst sachkundig und kontrovers über gesellschafts- wie gewerkschaftspolitische Fragen debattiert werden kann. Ein solches Organ, in dem unterschiedliche Stimmen zu Wort kamen, waren die Gewerkschaftlichen Monatshefte – trotz mancher ganz zweifellos berechtigten Kritik an ihnen. Zwar konnte man sich manchmal schwarz ärgern, wenn die Redaktion gar zu sehr den Verlautbarungskurs einschlug oder alle möglichen Meinungen außer der eigenen vertreten wurden, aber dem rührigen Hans-Otto Hemmer und seiner wackeren Mitstreiterin, der Kollegin Ursula Zatrieb, nie wirklich böse sein.

Ausgerechnet zum Jahreswechsel 2004/05, wo mit Hartz IV, der Sozialhilfereform (SGB XII) und dem Zuwanderungs(begrenzungs)gesetz wichtige legislative Weichenstellungen erfolgen, die eine historische Zäsur im Bereich der Gesellschaftsentwicklung darstellen, fehlt eine Stimme im Chor derjenigen, die ihr mahnendes Wort gegenüber Tendenzen einer weiteren sozialen Polarisierung, Entsolidarisierung und Entdemokratisierung erheben. Unübersehbar sind Bemühungen nicht nur im Unternehmer-, sondern auch im rot-grünen Regierungslager und bei der bürgerlichen Opposition, Entstaatlichung, Entsicherung und Entrechtlichung von Arbeitnehmer(inne)n zugunsten eines „Turbo-Kapitalismus“ voranzutreiben. Transnationale Konzerne schrecken nicht vor massivem Druck auf die Belegschaften und Nötigung der Betriebsräte zurück, um ihre Profite weiter zu erhöhen. In einer solchen Situation, wo beim aktuellen Um- bzw. Abbau des Sozialstaates eine gesellschaftspolitische Richtungsentscheidung für die nächsten Jahrzehnte erfolgt, können nur gewerkschaftliche Gegenmacht und argumentative Überzeugungskraft verhindern, dass die Errungenschaften der Arbeiterbewegung in kurzer Zeit zunichte gemacht werden.

Noch nie waren die Gewerkschaftlichen Monatshefte so schwer ersetzbar wie heute, denn der DGB und seine Mitgliedsorganisationen stehen vor epochalen Herausforderungen. Deshalb brauchen sie dringend ein anspruchsvolles Theorieorgan und den öffentlichen Meinungs-austausch und -streit untereinander wie mit anderen gesellschaftlichen Kräften. Die neoliberale Hegemonie, d.h. die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, schreit förmlich nach einer kritischen Gegenöffentlichkeit, zu der die GMH über ein halbes Jahrhundert hinweg einen wichtigen Beitrag geleistet haben. Manchmal waren sie gewiss zu brav und angepasst, ohne den richtigen Biss und ausreichend Mut, sich „jenseits der Beschlusslage“ des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zu artikulieren, aber immer bestrebt, soziale Verbesserungen für die Arbeitnehmer/innen zu erkämpfen.

Für gewerkschaftlich orientierte Sozialwissenschaftler/innen, denen der eisige Wind des neoliberalen Mainstream um die Nase weht, gibt es nur noch relativ wenige Zeitschriften, in denen sie ihre Positionen publizieren können. Umso mehr bedaure ich, dass bald ein traditionsreiches publizistisches Scharnier zwischen dem Wissenschafts- und Gewerkschaftsbereich entfällt. Mir werden die Gewerkschaftlichen Monatshefte fehlen, und man kann nur hoffen, dass eine Nachfolgepublikation die entstandene Lücke erfolgreich schließt.



## Wolfgang Däubler: Braucht denn der DGB wirklich eine Zeitschrift?

*Prof. Dr. Wolfgang Däubler lehrt Arbeits- und Zivilrecht an der Universität Bremen.*

Eine im Grunde banale Feststellung sei vorausgeschickt: Man kann die Welt auch anders sehen, als sie in den offiziellen Geschichtsbüchern, in der FAZ oder bei Sabine Christiansen interpretiert wird. Schon in ihren allerersten Anfängen war die Gewerkschaft eine Organisation, die nicht nur die dringendsten Beschwerden des Alltags lindern, sondern auch die Realität aus der Perspektive des unteren Teils der Gesellschaft erfassen und kritisieren wollte. Um dies zu tun, brauchte man ein Forum: als erstes eine Mitgliederzeitung, dann aber - größer geworden und in der Gesellschaft ernst genommen - auch ein Publikationsorgan, wo man den Dialog mit echten wie mit falschen Freunden und natürlich auch mit politischen und sozialen Gegenspielern pflegt. Je weniger man über eine alles umfassende und erklärende „Wahrheit“ verfügt, um so mehr kann man aus der Auseinandersetzung lernen. Die Monatshefte sollten eine solche Funktion erfüllen und nicht nur die ewig gute Marktwirtschaft und die wirtschaftlichen Sachzwänge beschwören. Ich zählte mich deshalb gerne zu ihren Abonnenten und gelegentlich auch zu ihren Autoren.

„Schön und gut“ wird der Herausgeber sagen, aber ich sei da als Abonnent eine Ausnahme. Seine Controller würden ihm sagen, das Projekt lohne sich nicht mehr. Sparen sei angesagt, denn der Mitgliederschwund bringe die gewerkschaftlichen Finanzen mehr und mehr in Turbulenzen.

„Schön und gut“ lässt sich da erwidern, aber wie will man neue Mitglieder gewinnen? Indem man sich immer weiter zurückzieht, schlechte Tarifverträge abschließt, den Rechtsschutz herunterfährt und auf Kritik allergisch reagiert? Die Probleme werden größer, Tag für Tag, aber statt mehr Lösungen zu diskutieren, schließt man die Ideenwerkstatt. Wie ein Mittelständler, dem außer Sparen nichts mehr einfällt. Vielleicht hätte es ja einer Umorganisation bedurft, um die eigene Position mit klareren Konturen zu versehen. Zu sehr wurde möglicherweise nach der Devise verfahren: „Auch Hans-Olaf Henkel hat bei uns seinen Stammplatz“. Aber zwischen Umsteuern und Dicht-Machen besteht ein fundamentaler Un-

terschied. Und gibt es nicht im Apparat durchaus Menschen, die es als Ehre empfinden, wenn so ein Hans-Olaf Henkel in ihrer Zeitschrift schreibt? Ich hätte jedenfalls Schwierigkeiten, der Redaktion irgendwelche Vorwürfe zu machen.

Es gibt in unserer Gesellschaft engagierte Menschen, die die „Blätter für deutsche und internationale Politik“ oder die „Sozialistische Politik und Wirtschaft“ (SPW) herausgeben. Und auch die „Marxistischen Blätter“ gibt's noch, und sie sind ganz gewiss nicht mehr „vom Osten“ bezahlt. Die wirtschaftliche Basis dieser und anderer linker Publikationen ist schmal, und vermutlich dominiert die Selbstausbeutung der Mitarbeiter - aber die Beteiligten wollen eine Botschaft rüberbringen. Wer keine mehr hat, braucht auch kein Geld für Zeitschriften mehr auszugeben.



## Herbert Ehrenberg: Kein stilles Gedenken - ein lautes Wehklagen

*Dr. Herbert Ehrenberg war Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung und ist heute im „Unruhestand“ im Landkreis Friesland publizistisch tätig.*

Nach fünfeinhalb Jahrzehnten werden die Gewerkschaftlichen Monatshefte mit dieser Ausgabe eingestellt, für mich ist dies ein Abschied von einer zuverlässigen Redaktion. Viele Gespräche mit Walter Fabian fallen mir da ein, und auch seine Nachfolger hatten stets einen Platz, wo Lohn- und Konjunkturpolitik diskutiert werden konnte. Zum Beispiel:

Im Dezember 1955 brachten die Gewerkschaftlichen Monatshefte meinen Aufsatz „Die Löhne in der Hochkonjunktur“ mit folgender Einleitung:

„Die Diskussion um das Lohnproblem ist so alt wie die Wirtschaftstheorie, und fast scheinen die Gegensätze der verschiedenen Meinungen unüberbrückbar zu sein. Die Debatte belebt sich naturgemäß in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. Den verständlichen Forderungen der Arbeitnehmer nach Beteiligung am Zuwachs des Volkseinkommens stehen die auf den Vorrang der Investitionen pochenden Unternehmer ablehnend gegenüber. Und die theoretischen wie auch die empirischen Konjunkturforscher verteilen sich - im Ergebnis - auf die beiden gleich großen Lager.“

Heute wird - seit mehr als zwanzig Jahren - der Unternehmerstandpunkt von der überwiegenden Mehrheit bei Wissenschaftlern und Politikern geteilt, und bei den Instituten ist es nicht besser. Der Vertrag von Dr. Gustav Adolf Horn, Leiter der Abteilung Konjunktur im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW), ist im Sommer 2004 nicht verlängert worden, vernünftigerweise ist der DGB hier mit einem neu zu gründenden Institut bei der Hans Böckler Stiftung eingesprungen. Und von den fünf Mitgliedern des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ist es nur noch Prof. Dr.

Peter Bofinger, der zu unserer zweiten Kategorie zu zählen ist, dies allerdings mit besonderem Gewicht.

Neu im Sachverständigenrat unterscheidet sich Bofinger von der Mehrheit des Rates durch Diagnose und Vorschläge, in seiner „anderen Meinung“ stellt er u.a. fest, dass Deutschland nach den Niederlanden innerhalb der OECD das Land mit der geringsten Binnendynamik sei. Innerhalb der Euro-Länder hat Deutschland den geringsten Anstieg der Löhne und Verbraucherpreise zwischen 2000 und 2004. Er fordert darum, dass die deutsche Wirtschaftspolitik vor allem dafür sorgen sollte, „Strategien zu entwickeln, die zu einer Stärkung der Binnendynamik beitragen. Da die Arbeitsmarktreformen tendenziell eher zu einer Verunsicherung der Arbeitnehmer geführt haben, ist hiervon kein positiver Beitrag zu erwarten. Von der Finanzpolitik wird - ausweislich des strukturellen Defizits - im Jahr 2005 ein negativer Impuls ausgehen. In dieser Situation kommt der Lohnpolitik eine wichtige Rolle zu.“

Horn und Bofinger zählen zu den wenigen Makroökonomien, die nicht in einer Kostensenkung das einzige Heilmittel für die seit vier Jahren am Boden liegende Konjunktur sehen. Ich kann nur hoffen, dass der Geschäftsführende Bundesvorstand sein Konzept für eine Nachfolgepublikation so entwickelt, dass dort wieder Konjunktur- und Lohnpolitik so zu Wort kommen, wie sie es von ihrer Bedeutung für die Mehrheit des Volkes verdienen.

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte werden ihren Rang behalten, auch wenn die jungen Ökonomen in ihren Hochschulen überwiegend zu Mikroökonomien erzogen werden. Auf dem Makroökonomischen Kongress „Wege zu nachhaltigem Wachstum, Beschäftigung und Stabilität“ hat der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärt, dass gewerkschaftliches Ziel eine „gesamtwirtschaftliche Stabilität“ ist.

„Unser Verständnis von Stabilität beschränkt sich damit nicht auf stabile Preise, sondern umfasst auch die Ziele der Vollbeschäftigung und eines kräftigen qualitativen Wirtschaftswachstums, ebenso wie das Ziel stabiler Arbeits- und Lebensbedingungen. Hierfür brauchen Deutschland und Europa dringend eine Renaissance makroökonomischer Politik. Einer der größten Standortnachteile Deutschlands ist heute die einseitige Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Debatte und Konzepte in Wissenschaft, Politik und Medien.“

Wenn die geplante Nachfolgepublikation hierfür genügend Raum bietet, dann kann mein Wehklagen aufhören.



## Iring Fetscher: Den Gewerkschaftlichen Monatsheften zum Abschied

*Prof. em. Dr. Iring Fetscher lehrte Politikwissenschaft an der Universität Frankfurt/Main.*

Fünfundfünfzig Jahre lang haben die Gewerkschaftlichen Monatshefte eine wichtige Brücke zwischen Sozialwissenschaftlern und Gewerkschaftern hergestellt. Ohne Begrenzung des Horizonts haben sie aktuelle Probleme von Wirtschaft und Gesellschaft zur Diskussion gestellt und mit dazu beigetragen, dass Sozialwissenschaftler sich nicht in ihren „Elfenbeintürmen“ verschanzen konnten.

Nur mit Bedauern kann ich die Tatsache zur Kenntnis nehmen, dass ein Periodikum sein Erscheinen einstellen wird, das auf seine Weise die Unentbehrlichkeit starker, aber auch lern- und entwicklungsfähiger Gewerkschaften bewiesen hat. Moderne demokratische Gesellschaften können ohne unabhängige verhandlungsstarke Gewerkschaften nicht überleben. Industriegesellschaften haben sich hin zu Informationsgesellschaften entwickelt, dabei ist die Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger immer differenzierter geworden. Unterschiedliche Arbeitsweisen und Arbeitsorte - bis hin zur Rückverlagerung von Arbeit in die Wohnungen - erschweren die Bildung aktionsfähiger Organisationen und solidarischen Bewusstseins über die Grenzen von Betrieben oder Betriebsteilen hinaus. In der gleichen Zeit orientiert sich von Unternehmerverbänden und ihnen nahestehender Institute in Richtung auf einer von gesellschaftlicher (politischer) möglichst unabhängigen Wirtschaftsentwicklung, für die allein „Shareholder value“ und angebotsorientierte Ökonomie maßgeblich sind. Das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft, das beide große Volksparteien - wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten - jahrzehntelang vertreten haben, ist in die Defensive gedrängt und oft auf verbale Sonntagsreden beschränkt worden.

Gerade in einem Augenblick, da deutlich zu werden beginnt, dass die hohen Erwartungen, die in die von Margaret Thatcher und Ronald Reagan eingeleitete und von G. Bush vermehrt propagierte Wirtschafts- und Sozialpolitik geweckt haben, enttäuscht werden, muss ein Organ, das gegensteuern könnte, seine Tätigkeit einstellen.

Mein Abschiedsgruß bleibt jedoch mit der Hoffnung verbunden, dass andere Publikationen im Geist der Gewerkschaftlichen Monatshefte mutig und kritisch die notwendige Diskussion zur Aufklärung der lohn- und gehaltsabhängigen Mehrheit der Bevölkerung und ihrer Interessenvertreter fortsetzen werden.



## Helga Grebing: Verlust der Geschichte

*Prof. em. Dr. Helga Grebing lehrte Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum.*

Eigentlich bin ich sprachlos - das letzte Heft der Gewerkschaftlichen Monatshefte! Aber Schweigen würde die Entscheidungsträger vermuten lassen können, man befinde sich in Übereinstimmung mit ihnen.

Bereits unter der Chefredaktion von Walter Fabian nahmen die Gewerkschaftlichen Monatshefte wahr, was andere Organe gleichen Ranges von sich wiesen, nämlich unbequeme Texte zu veröffentlichen. Als Die Neue Gesellschaft unter der Chefredaktion von Leo Bauer 1968 einen von mir angeforderten Artikel über die deutsche Revolution 1918/19 und die Rolle der Sozialdemokratie nicht drucken wollte, konnte dieser in den Gewerkschaftlichen Monatsheften erscheinen und zählte seither zu den bekannteren kritischen Forschungsberichten.

Unter der Chefredaktion von Hans-Otto Hemmer wurde dann energisch und zugleich systematisch das Feld der historischen Aufarbeitung der Geschichte der Arbeiterbewegung und im Besonderen der Gewerkschaften betreten und bearbeitet. Das ging nicht ohne Tabubrüche ab, die für viele Gewerkschafter, die gegen den Nationalsozialismus gestritten hatten, schmerzhaft ausfallen mussten. Denn die Rolle der Gewerkschaften als Organisation 1932/33 war durchaus nicht Streitbar gewesen. Am Ende eines langen Diskussionsprozesses, der von Tagungen und deren Publikation begleitet wurde, stand ein differenzierter Konsens. Das war eine Leistung, die in erster Linie den Gewerkschaftlichen Monatsheften zuzurechnen ist.

Geschichte als Möglichkeit, sich selbst verstehen zu lernen, war zu einem ungeschriebenen kollektiv-didaktischen Prinzip für die Zeitschrift geworden. So entstand eine Grundlage, von der aus Modernisierungshandeln und Reformschritte unternommen werden konnten, ohne die Substanz des einmal Gelebten aufzugeben. So jedenfalls dachte man es sich als an diesem Prozess aktiv Teilnehmender. Bei diesem permanenten Diskurs ging es machmal recht Streitlustig zu. Warum auch nicht? Geschichte ist ja nicht das Eigentum einer Richtung, Gruppierung, und Streit gehört zum Prozess der Selbstverständigung. Die DKP-lastigen Teile insbesondere in einigen Einzelgewerkschaften haben letztlich die Segel streichen müssen. Im Nachhinein stellte es sich auch als ein Lehrstück heraus, wie die Vertreter der sich selbst als alternativ anspruchsvoll etikettierenden neuen „sozialen Bewegungen“ einer neuen Mitte zustrebten, während „alte“ Linke sich ziemlich neu vorkamen, weil sie dort standen, wo sie immer gestanden hatten, nämlich links.

So wurde Geschichtsinterpretation zu einem Kompass für die Positionierung in der Gegenwart und für die Einstellung zu ihren Problemen. Denn selbstverständlich waren jene Linken, die sich um die Gewerkschaftlichen Monatshefte scharten, bei ihrem alten Linkssein nicht einfach stehen geblieben, sondern hatten sich an der Gratwanderung zwischen Be-

---

wahren und Fortschreiten beteiligt. Die strategische Einigkeit zwischen Menschen mit intellektuellem Anspruch und Menschen mit auf Institutionen bezogenen Machtinteressen, die in der Arbeiterbewegung immer wieder erneut errungen werden musste, fand in den Gewerkschaftlichen Monatsheften unter ihrem Chefredakteur Hans-Otto Hemmer ihren kommunikatorischen Ort.

Das Beschriebene ist Geschichte geworden. Bereits seit mehr als einem Jahrzehnt konnte man beobachten, dass die Gewerkschaften Geschichte noch nicht einmal mehr instrumentalisierten (was davor auch nicht ganz zu verhindern war), sondern sie einfach negierten, abschrieben. Diese Geschichtsscheu mag sich ergeben haben aus den jeweiligen aktuellen Problemstaus, für die in der Geschichte vermeintlich nur noch wenige Lösungsansätze zu finden waren. Aber das war nicht der einzige Grund für den Abschied von der Geschichte und für ihre Verschiebung in die Gebäude des Wissenschaftsbetriebs. Geschichte wurde nicht mehr als interpretationsmächtig angesehen. Dabei muss man einräumen, dass es für eine auf die Durchsetzung von Politik existentiell gerichtete Institution wie die Gewerkschaften nichts bringt, wenn ihnen zum xten Mal irgendeine lokal bezogene oder auf thematische Ausschnitte beschränkte Untersuchung präsentiert wird. Die generelle Wiederentdeckung des Alten im Neuen - das wäre das Spannende und zugleich Notwendige!

In den Gewerkschaftlichen Monatsheften gelang dies dennoch immer wieder. Aber nun werden auch sie wie ein Stück verbrauchte Geschichte einfach abgelegt. Die Argumente für diesen Schritt sind nicht überzeugend: sinkende Abonnentenzahlen - als ob die Existenz von Zeitschriften dieser Art, ja, der theoretischen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaften seit 55 Jahren, davon abhängig gemacht werden darf. Auch andere Zeitschriften ähnlichen Kalibers lebten und leben nie nur von echten Abonnenten! Da heißt es jetzt, man möchte auch zukünftig „ein Forum“ haben, „das uns hilft, unsere eigene Position in Grundsatzfragen kritisch zu hinterfragen“ (so der DGB-Vorsitzende Michael Sommer) - das verstehe, wer kann. Man hatte doch dieses Forum in den Gewerkschaftlichen Monatsheften. Was will man denn mehr und anderes? Nun beginnt denn doch das Schweigen.



## Rainer Hank: Schade

*Dr. Rainer Hank leitet die Wirtschaftsredaktion der FAZ Sonntagszeitung in Frankfurt/Main.*

---

Im Februar-Heft (1950) der neu gegründeten Gewerkschaftlichen Monatshefte findet sich unter dem Titel „Liberalismus und Neoliberalismus“ ein Aufsatz des Wirtschaftswissenschaftlers Hans Ritschl: Es ist - fast möchte man sagen: bis heute - eine der besten Einführungen in die Gedankenwelt von Wilhelm Röpke, Walter Eucken oder Alfred Müller-Armack. Ritschl zeigt, was den methodischen Individualismus unterscheidet von allen Spielformen des Kol-

ektivismus und spürt die wehrhaften Wurzeln des Liberalismus auf in der Erfahrung der Gefährdung menschlicher Freiheit.

Dass er die Gedankenwelt von Liberalismus und Neoliberalismus weder teilt noch billigt, offenbart Ritschl im März-Heft desselben Jahres („Kritik der Kritik“). Doch gerade in der Schärfe der Metakritik gelingt Ritschl eine präzise Beschreibung des Unterschiedes zwischen Liberalismus und Neoliberalismus: Während die Liberalen im 19. Jahrhundert an das freie Spiel von Angebot und Nachfrage glaubten, setzten die deutschen Neoliberalen der Nachkriegszeit auf den Staat als aktiven Garanten der Wettbewerbsordnung. „Heute sind die Vertreter der neoliberalen Lehre mindestens praktisch Interventionisten“, schreibt Ritschl. Eines seiner Beispiele: Alfred Müller-Armack spreche davon, dass die Marktwirtschaft „gesteuert“ werden müsse, während es streng verboten sei, diese zu „lenken“. „Fragt sich nur, worin der Unterschied zwischen *steuern* und *lenken* besteht.“, gibt Ritschl zurück.

Ritschl hat völlig recht. Seine Kritik hat bis heute nichts von ihrer Relevanz verloren: Der Neoliberalismus ist ein Interventionismus - und eben keine Apologie der „unsichtbaren Hand“, wie viele meinen. Aus ständiger Angst vor Kartellen und Monopolen hat der Neoliberalismus keine Scheu, rasch und deutlich in die Eigentumsordnung einzugreifen. Klassische Liberale von Adam Smith bis heute hätten sich das verboten; sie würden sich solche Markteingriffe jedenfalls zweimal überlegen. Man kann den Neoliberalismus deshalb gewiss kritisieren – aber zuletzt wegen seines kalten, den Ausschließlichkeitsanspruch des Marktes hypostasierenden Dogmatismus. Der Neoliberalismus der Euckens und Müller-Armacks wollte einen starken Staat; das war ihnen mindestens so wichtig wie die Sorge um funktionierende Märkte. All das könnten die heutigen - vermeintlich linken - Kritiker des Neoliberalismus bei Hans Ritschl in den Monatsheften des Jahres 1950 einmal nachlesen.

Ritschl ist nur ein Beispiel für die Unterscheidung der Geister. Wer darauf verzichten kann, der kann auch auf die Gewerkschaftlichen Monatshefte verzichten. Er braucht sich dann aber nicht darüber zu wundern, dass die Kritik des Neoliberalismus heute noch nicht einmal einen korrekten Begriff des Neoliberalismus verwendet. Gewiss, nicht jedes Heft der GMH haben wir mit gleich angespannter Aufmerksamkeit gelesen. Aber warum sollte es uns mit den Monatsheften anders gehen als mit dem Merkur oder der FAZ? Die Autoren von Helmut Schelsky bis Jürgen Kocka, von Peter Drucker bis Alfred Weber spiegeln allemal einen geistigen Kosmos, der zugleich Ausdruck der Liberalität der deutschen Gewerkschaften ist – oder war?

Dass es die Monatshefte künftig nicht mehr geben soll, ist – so gesehen – schade. Am Geld (allein) kann es nicht liegen. Denn immerhin leistet der DGB sich jetzt für 1,6 Millionen Euro (im ersten Jahr) ein neues „Institut für Makroökonomie“. Der Auftrag dieses Instituts, so lesen wir, sei es, die „eigenen wirtschaftspolitischen Vorstellungen“ der Gewerkschaften wieder salonfähig zu machen. Doch woher will der DGB künftig wissen, was seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen sind? Waren die Monatshefte nicht zu diesem Zwecke Think Tank und Brain Storming zugleich? Keynes' „General Theory“ und seine heutigen Neo-Schüler allein können dafür im Ernst wohl kein hinreichender Ersatz sein.

Einem liberalen Sonntagszeitungsredakteur sei dies alles einerlei, könnte man meinen. Doch weit gefehlt. Denn je weniger intellektuelle Marktplätze - wie die Monatshefte - es gibt, umso mehr muss der Redakteur sich über die vulgären Zerrbilder des Liberalismus grämen, anstatt mit Leuten wie Ritschl und seinen Nachfahren ernsthaft streiten zu dürfen. Wenn der intellektuelle Marktplatz fehlt, wird es bald auch keine intellektuellen Marktfrauen und -männer bei den deutschen Gewerkschaften mehr geben. Einem unter ihnen muss man auf jeden Fall ganz besonders danken: Hans-Otto Hemmer.



## Michael Hennes: Im Land des Pisa-Schocks

*Dr. Michael Hennes lebt und arbeitet als Journalist und Dozent in Köln.*

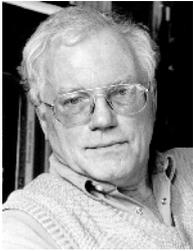
---

Fast zwei Jahrzehnte lang durfte ich für die Gewerkschaftlichen Monatshefte in einer langen Reihe von Aufsätzen das Geschehen der internationalen Politik verfolgen. Dafür bin ich zutiefst dankbar. Meine persönliche Entwicklung als Politikwissenschaftler und Journalist wäre ohne dieses Privileg nicht möglich gewesen. Doch die Zeiten haben sich geändert. Heute verkommt im Land des Pisa-Schocks die Kultur des politischen Denkens. Machtfragen, politische Partizipation und soziale Sicherheit – klassische Fragestellungen der politischen Analyse geraten aus dem Blickwinkel. In Deutschlands Schulen degeneriert die Sprache. Und der Hochschullehrer weiß längst darüber zu berichten, dass selbst Studenten Bücher und Zeitschriften immer weniger beachten. Oberflächliche Recherchen im Internet und bildgesteuerte Vorurteile ersetzen systematische Analysen und kritisches Denken.

Möglicherweise ist diese Dialektik der Aufklärung unaufhaltsam, vorangetrieben von moderner Technologie und ökonomischem Denken. Bereits 1922 prophezeite der amerikanische Publizist Walter Lippman in seinem Standardwerk „Public Opinion“, dass Bilder zunehmend die öffentliche Meinung prägen werden, weil ihr Konsum weniger anstrengend als die Lektüre von Texten ist.<sup>1</sup> Die Amerikanisierung unserer Kultur, die im Kern eine Ökonomisierung des gesamten Lebens ist, gefährdet zunehmend das politische Denken. Sollte die Einstellung der Monatshefte zu einem Teil dieser Entwicklung werden, wird sich die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen Bärenienst erweisen. Mein besonderer Dank für das Geleistete gilt Hans-Otto Hemmer, der als Chefredakteur der Monatshefte die deutsche Zeitschriftenkultur in den letzten Jahrzehnten bereichert hat.

---

1 Walter Lippman, Die öffentliche Meinung, München 1964, S.70.



## Arno Klönne: Die Gewerkschaftlichen Monatshefte verschwinden...

*Prof. em. Dr. Arno Klönne lehrte Soziologie an der Universität Paderborn.*

... und mit ihnen geht ein sympathischer Bestandteil gewerkschaftlicher Tradition verloren. Schade drum, aber seine historische Logik hat der Vorgang schon: Die Zeitschrift hatte ihr Profil in Zeiten entwickelt, die – bei allen sozialen Konflikten - durch einen weitreichenden gesellschaftlichen Konsens geprägt waren, die Notwendigkeit einer Bändigung kapitalistischer Dynamik und damit die Wertschätzung der Gewerkschaften als eines Faktors sozialer Demokratie betreffend. In diesem Kontext wirkten die Monatshefte als Organ eines kritischen Meinungsaustausches zwischen Politik, Wissenschaft und Organisationen der ArbeitnehmerInnen. Von alledem kann inzwischen keine Rede mehr sein, der genannte Konsens existiert nicht mehr, und die Gewerkschaften können auf selbstverständliche Akzeptanz nicht mehr rechnen. Seinen Platz hätte jetzt ein publizistisches Organ, das gründlich und beherzt den Diskurs über die veränderten Bedingungen gewerkschaftlichen Agierens aufnimmt, ohne Verbeugungen vor Mainstreammeinungen, ohne Rücksicht auf innergewerkschaftliche Machtarrangements und Tabus, ohne Scheu vor „Ausfälligkeiten“ der gewerkschaftlichen Basis – aber passt eine Publikation dieses Zuschnitts ins Konzept eines Geschäftsführenden Bundesvorstandes? Ich bin gespannt auf die „Nachfolge“ der Monatshefte.



## Karl-Heinz Köpke: „Die Zukunft gestalten“

*Karl-Heinz Köpke arbeitet ehrenamtlich für benachteiligte und behinderte Menschen in sozialpolitischen Gremien.*

Mit diesem Titel ihres Grundsatzprogramms<sup>1</sup> bekunden Gewerkschaften ihren Anspruch, an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse mitzuwirken. Dazu haben sie sich zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammen geschlossen. Er „vereinigt die Gewerkschaften zu

<sup>1</sup> Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes, beschlossen auf dem 5. Außerordentlichen Bundeskongress am 13. - 16. November 1996 in Dresden.

einer wirkungsvollen Einheit und vertritt ihre gemeinsamen Interessen.“<sup>2</sup> Die Gewerkschaften haben sich damit ein hohes Ziel gesetzt und dies in über fünfzig Jahren - wie ich selbst aus fast 50-jähriger haupt- und ehrenamtlicher Gewerkschaftsarbeit weiß - eindrucksvoll und wirksam umgesetzt. Indes habe ich den Eindruck, dass vieles davon verloren gegangen ist.

Meine Besorgnis erwächst aus dem uneinheitlichen, nicht selten widersprüchlichen Bild, welches der DGB und die Einzelgewerkschaften in wachsendem Maß in der Öffentlichkeit abgeben. Hierzu zählen Äußerungen einzelner Gewerkschaften zu Themen, bei denen eigentlich die Gesamtorganisation gefragt wäre, aber auch solche, in denen gegensätzliche Positionen zu anderen Gewerkschaften oder dem DGB vertreten werden. Schlagzeilen wie, der DGB werde in Frage gestellt oder die Gewerkschaften würden entzweit, sind das unbefriedigende Ergebnis dieser Entwicklung. Dies stößt bei engagierten DGB-Gewerkschaftern schwerlich auf Verständnis. Auch bei gewerkschaftsfreundlichen Vertretern in Politik, Wirtschaft und Kirchen hört man Bedauern und Unverständnis angesichts der mangelnden Geschlossenheit der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass das Gemeinsame der einstmals selbstbewusst-solidarischen Arbeiterschaft zunehmend von Partikularinteressen verdrängt wird.

Diese Zeichen schwindenden Ansehens der Gewerkschaften dürfen nicht übersehen werden. Sie treffen uns alle. Sie geben Anlass zum Handeln. Natürlich ist und bleibt es Sache jeder Gewerkschaft, die spezifischen Interessen ihrer Mitglieder zu vertreten. Genauso muss aber die Kompetenz des DGB in den Fragen gelten, die darüber hinaus gehen.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, ist es unerlässlich, eine Debatte über die Rolle des DGB als Zusammenschluss aller Gewerkschaften zu führen. Dies sollte umgehend geschehen und die Ergebnisse eines solchen Diskussionsprozesses sollten auf einem außerordentlichen DGB-Bundeskongress zur verbindlichen Leitschnur der Gewerkschaftsarbeit festgeschrieben werden. Aus meinem Verständnis der deutschen Gewerkschaftsgeschichte führt in diesem Zusammenhang kein Weg an einer einschränkungslosen Verpflichtung der Einzelgewerkschaften zum solidarischen Miteinander unter dem Dach des DGB vorbei. Ein solches Bekenntnis zum DGB wäre gewissermaßen ein Stück gelebtes DGB-Grundsatzprogramm, in dem es heißt, „Solidarität ist keine Selbstverständlichkeit, auf die man auf Grund gleicher Lebenslagen, gleicher sozialer Herkunft und gleicher kultureller Bindungen bauen kann. Solidarität ist stärker als früher Ergebnis von Einsicht, die geweckt und gestärkt werden muss.“<sup>3</sup> Ich hoffe sehr, dass dies gelingen wird, damit die Gewerkschaften bei der Gestaltung der Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland in Zukunft wieder ein gewichtiges Wort mitreden.

Ein derartiger Prozess ist geradezu buchstäblich zum Erfolg verdammt, da es zur gemeinsamen Vertretung der Interessen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer keine sinnvolle Alternative gibt. Zu dieser Gewissheit haben die Gewerkschaftlichen Monatshefte wichtige Beiträge geleistet.<sup>4</sup> Obgleich auch sie nicht „die Welt verändern“ konnten, so haben sie doch zu konstruktiven Diskussionen angeregt.<sup>5</sup> Kritische Begleitung brauchen die Gewerkschaften auch zukünftig. Wenn es denn die GMH nicht mehr sein sollen, muss auf jeden Fall eine überzeugende Alternative her. So wie dies beim Übergang von der „Quelle“

---

2 § 2 Ziffer 1 Buchstabe a der Satzung des DGB i.d.F. des 17. Ordentlichen Bundeskongresses 2002 in Berlin.

3 Grundsatzprogramm, S. 7.

4 So. u. a. in Heft 12/1999 zur 50-jährigen Geschichte, 1/2002 zum DGB-Bundeskongress und Zukunftskongress der IG Metall, sowie in den Heften 5/2003 und 3/2004 zur Situation der Gewerkschaften.

5 Vgl. dazu Frank Teichmüller in der Frankfurter Rundschau vom 8. April 2003, Norbert Blüm in der Süddeutschen Zeitung vom 25. April 2004, u. a.

zum „einblick“ gelungen ist. Es ist gut, dass sich der DGB-Bundesvorstand für „ein Forum für einen regelmäßigen Austausch zwischen Gewerkschaften, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft“ ausgesprochen hat.<sup>6</sup> Ich jedenfalls möchte mich auch zukünftig mit grundsätzlichen Fragen der Gewerkschaften auseinandersetzen können. Denn Gewerkschaften sind für mich nicht nur Einrichtungen zur Vertretung materieller Interessen ihrer Mitglieder, sondern dem Menschenbild sozialer Gerechtigkeit verpflichtete Lebensgemeinschaften.



### Thomas Leif: Penicillin gegen die Denkfaulheit

*Dr. Thomas Leif ist Chefreporter beim SWR-Landessender Mainz, Herausgeber des Forschungsjournals Neue Soziale Bewegungen und Vorsitzender der Journalistenvereinigung „netzwerk recherche“.*

---

Die 55-jährige Publikations-Tradition der Gewerkschaftlichen Monatshefte geht zu Ende und niemand weiß genau, was auf die Tradition folgen wird. Ein Abschiedswort bietet deshalb die Chance für drei grundsätzliche Gedanken.

#### **Erstens: Den Wert der Analyse erkennen**

Man kann den Gewerkschaften in Deutschland vieles vorwerfen; aber bestimmt nicht, dass sie sich selbst eine Überdosis an internem Diskurs verordnen, sich der Kultur der Kontroverse freiwillig ausliefern und sich regelmäßig dem Säurebad der konkurrierenden Argumente unterziehen. Gewerkschaften und ihre Grundsatzabteilungen neigen unter dem Dauerfeuer der politischen Gegner eher zur abwartenden Sprachlosigkeit und zum defensiven (wortgewaltigen) Gegenschlag. Sie unterschätzen das Potenzial ihres Mittelbaus und der vielbeschworenen Basis. Hintergründige Fachzeitschriften könnten dieses kreative Potenzial aufnehmen und damit den Analyse-Horizont der Gewerkschaften erweitern. Möglicherweise könnten auf diese Weise manch intellektuelle Sackgassen verkürzt oder sogar umgangen werden. Die Gewerkschaften müssen sich insgesamt von ihren Denk-Tabus befreien und sich in allen Fragen immer einer gründlichen Analyse unterziehen. Wertvolle Beiträge können dazu zahlreiche aktive Gewerkschafter liefern; die Zukunftschance für „Theoriezeitschriften“ besteht darin, tiefgründige Analysen zu publizieren und dabei das Potenzial der Aktiven zu integrieren.

---

6 „einblick“, gewerkschaftlicher Info-Service, herausgegeben vom DGB, Ausgabe 22/2004, S. 6.

### **Zweitens: Den Sinn von konkurrierenden Debatten schätzen lernen**

Kein Zweifel: Auch innerhalb der Gewerkschaften gibt es zu zentralen Fragen unterschiedliche Positionen. Diese Kontroversen werden aber nur selten öffentlich ausgetragen. Die Kultur der Kontroverse würde aber wie Penicillin gegen die Denkfaulheit wirken. Ein Beispiel: Auf die unaufhaltbare Debatte über die Leistungsfähigkeit des Sozialstaates reagieren die Gewerkschaften überwiegend defensiv und pauschal. In ihrer hoch professionalisierten Tarifarbeit haben sie sich aber als Differenzierungs-Spezialisten profiliert. Eine konkurrierende Debatte über sinnvolle Sparmaßnahmen und eine frühzeitige Identifikation von nicht gerechtfertigten „Mitnahmeeffekten“ im Sozialstaat in einer praxisorientierten Theoriezeitschrift hätte die Gewerkschaften für die jetzt laufenden Debatten besser ausgestattet und aus der Defensive befreit. Es gäbe auch noch einen Zusatznutzen: Kontroversen schaffen Interesse und vergrößern die Glaubwürdigkeit. Auch eine Zeitschrift profitiert vom Markt der Argumente: Sie wirkt wie ein Kompass der Orientierung in einem Dschungel von Ungewissheiten.

### **Drittens: Den Nutzen von Übersetzungen begreifen**

Warum haben hintergründige Fachzeitschriften auch nach 55 Jahren eine Bedeutung? Wenn sie gut gemacht sind, können sie die Theorie der Einzelheiten überwinden und die verwirrende Vielfalt sich widersprechender Einzelinformationen sortieren und kollationieren. Zeitschriften können - jenseits der Tages- und Wochen-Aktualität - wichtige Kläranlagen des Denkens werden. Ihr Wert besteht darin, die vielen Puzzlesteine geprüft, analysiert und bewertet in ein griffiges Gesamtbild zu bringen.

Die Zukunft der vielbeschworenen „Wissensgesellschaft“ besteht darin, die Informationsflut intelligent zu filtern und - vor allem - das Meer an Fakten zu übersetzen. Diese Chance sollten sich Fachzeitschriften nicht entgehen lassen. Dies setzt allerdings inspirierte Autoren, stabile Lektoren und intellektuell freie Herausbergremien voraus.

Aber hier scheint es ja einen Konsens zu geben: Der DGB-Vorsitzende teilte mit: „Wir brauchen ein Forum, das uns hilft, unsere eigene Position in Grundsatzfragen kritisch zu hinterfragen.“ Michael Sommer scheint verstanden zu haben, dass allein die kritische Kontroverse zu geklärten Konzepten führen kann. Gute Theoriezeitschriften erfüllen für die Politik die gleiche Funktion wie die Kunst für das Design. Alle großen und langlebigen Design-Entwürfe haben ihre Formsprache und ihre Wirkungskraft aus der Kunst entliehen. Die Politik könnte von diesem Prozess profitieren und künftig auf den Nutzen von kontrovers angelegten Fachzeitschriften vertrauen.



## Andrei S. Markovits: Es ist zum Weinen!\*

*Prof. Dr. Andrei S. Markovits ist Karl W. Deutsch - Professor an der University of Michigan, Ann Arbor und lehrt Politikwissenschaft und Soziologie.*

Da haben die deutschen Gewerkschaften eine wirklich einzigartige Institution, die Gewerkschaften anderer Länder nicht besitzen, und sie lassen diese einmalige Einrichtung nach 55 Jahren eingehen. Obwohl ich den deutschen Gewerkschaften weiterhin mit viel Sympathie und Solidarität wahrscheinlich mein Leben lang zur Seite stehen werde, verfolge ich seit Jahren ihre Interna überhaupt nicht, bin also über die Hintergründe der Entscheidung, die Gewerkschaftlichen Monatshefte nach all diesen Jahren einzustellen, überhaupt nicht im Bilde. Aber der Grund kann doch sicherlich kein finanzieller sein, da die Monatshefte" - obwohl natürlich wie alle Veröffentlichungen dieser Art und dieses Niveaus sicherlich defizitär - im Gesamtbudget des DGB kaum mehr als eine Lappalie sein können.

Ich erinnere mich noch gut an eine vor ein paar Jahren stattfindende Diskussion mit einer Gruppe deutscher und amerikanischer Freunde zur interessanten Frage, warum wohl kein Äquivalent der New York Review of Books in Deutschland existiert. Im Laufe dieser Diskussion bemerkte ich, dass es sehr wohl eine Art New York Review of Books in Deutschland gäbe, und nannte da mit voller Überzeugung die Gewerkschaftlichen Monatshefte". Ich bin mir nicht sicher, wie viele meiner Gesprächspartner mir diesen Vergleich abnahmen, aber schmeichelnd für die Monatshefte ist er allemal. Ich meinte es aber ernst und tue dies bis heute. Für mich sind (bzw. waren im Fall der GMH) beide Publikationen Foren undogmatischer linksliberaler und progressiver Gesinnung, die sich allen nur erdenklichen Themen unserer Zeit aktiv und mit hohem Niveau stellten. Außerdem boten beide eine wirklich gelungene Schnittstelle zwischen Wissenschaft und interessierter Öffentlichkeit. Sie waren Foren, in denen Spitzenwissenschaftler der verschiedensten Sparten ihre Forschungen, Ideen und Thesen monatlich einem anspruchsvollen, aber nicht wissenschaftlich spezialisierten Lesepublikum vorstellten.

Seit Januar 1978, als ich die Monatshefte in der Harvard-Bibliothek zum ersten Mal in die Hände nahm, bis zu der gerade bei mir angelangten Oktober-Ausgabe 2004, habe ich niemals auch nur ein Heft bekommen, in welchem ich nicht zumindest einen Artikel für interessant, lesenswert und für mich in irgendeiner Weise hilfreich fand. Nach 26 Jahren und 312 Heften, kann ich dies über keine anderen der zahlreichen von mir abonnierten Veröffentlichungen sagen – ausgenommen die New York Review of Books.

Ich fand die Monatshefte auch von einem gewerkschaftlichen Standpunkt absolut wichtig, denn ihre Agenda umfasste ja viel mehr als nur Gewerkschaftspolitik im engeren Sinne. Die Monatshefte ehrten den intellektuell anspruchsvollen Gewerkschafter, in dem sie ihm eine Palette von Topoi lieferten, die seinen Horizont als Gewerkschafter - vor allem aber als

\*) Jüngste Veröffentlichung: Amerika, dich haßt sich's besser. Antiamerikanismus und Antisemitismus in Europa, Hamburg 2004.

mündiger Bürger - erweiterten. Außerdem boten sie eine Vielfalt von Meinungen, die man in den herkömmlichen gewerkschaftlichen Publikationen völlig vermisst.

Letztlich verband ich mit den Monatsheften" auch eine persönliche Dimension und Zuneigung, die ich mit keiner anderen Publikation in der Welt teilte. Durch die Monatshefte" lernte ich vier Kollegen kennen, die ich über die nun 26 vergangenen Jahre, als ich zum ersten Mal als ganz junger Assistenzprofessor in den Büroräumen der Monatshefte in Düsseldorf auftauchte und so herzlich und kollegial von allen ihren MitarbeiterInnen empfangen wurde, zu meinen stetigsten und besten Freunden in der Welt zähle: Volker Bahl, Ulrich Borsdorf, Hans-Otto Hemmer, Gerhard Leminsky. Sie haben diese Institution so menschlich für mich gemacht. Dafür gilt ihnen mein ewiger Dank und mein tiefer Respekt. Es ist ihre Freundschaft und ihr Geist, der die langen Reihen von orangefarbenen, weißen und grauen Heften in meinen Bücherregalen im fernen Ann Arbor immer lebendig halten werden.



## Helmut Martens: Ein Forum für neue strategische Wissensallianzen

*Dr. Helmut Martens ist wiss. Mitarbeiter am Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund und Mitglied des Forschungsrats des Instituts.*

Mit dem Jahrgang 2004 werden die GMH eingestellt. In einer Zeit, in der es immer dringlicher wird, Wissenschaftler-Praktiker-Dialoge darüber zu organisieren, wie angesichts eines platzgreifenden neoliberalen Einheitsdenkens, eine Politik der Arbeit, eine Regulierung der Ökonomie und eine Gestaltung der Technik im Interesse der arbeitenden Menschen entfaltet werden kann, ist es schmerzlich, dass es die GMH als ein Diskussionsforum in Zukunft nicht mehr geben wird. Nach dem Ende des Fordismus und angesichts immer tieferer Risse in der gewohnten bundesrepublikanischen Konsensgesellschaft, angesichts der Herausforderungen, den einheitlichen Währungs- und Wirtschaftsraum Europa auch zu einem europäischen Sozialraum weiterzuentwickeln, schrumpfen die Foren für entsprechende Debatten erneut. Sicherlich bleiben dem Sozialwissenschaftler die einschlägigen Fachzeitschriften. Allerdings muss man dort - dem Trend der Zeit entsprechend - inzwischen gelegentlich auch die Erfahrung machen, dass Gewerkschaften zu einem „zu speziellen Thema“ geworden sind. Um so schmerzlicher ist es, dass ein wichtiges Forum gewerkschaftsnaher Forschung und Beratung verschwinden wird.

Ich gehöre seit 1973 zu jenen Sozialwissenschaftlern, die Fragen der Entwicklung der industriellen Beziehungen und der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland durchgehend als eines ihrer Themen bearbeitet haben. Für ein Verständnis der Debatten zu meinem Thema in den 1950er- und 1960er-Jahren waren die GMH eine ebenso unverzichtbare Quelle wie für die weitere Verfolgung dieser Diskussionen seither. Mein erster beschei-

dener Beitrag zu solchen Debatten in den GMH datiert von 1979. Seit 1990 durfte ich regelmäßiger Autor in den GMH sein. Ich empfand es immer als wohltuend, dass hier auch kontroverse Positionen Platz gefunden haben. Als ich als Mitbestimmungsforscher in der „Mitbestimmung“ keinen Ort mehr für meine Diskussionsbeiträge gefunden habe, standen mir die GMH noch offen.

„Die GMH sollen ein Diskussionsorgan sein, in dem Gewerkschafter und Vertreter der Wissenschaft, Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion zur Lösung der Wirtschafts- und Sozialprobleme beizutragen.“ Dieses Wort Hans Böcklers war Programm für die ersten Dekaden der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, während derer „die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft“<sup>1</sup> eine anerkannte und mit-prägende Rolle für die Gestaltung eines keynesianischen wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaftsmodells gespielt haben. Heute leben wir in den Zeiten eines Epochenbruchs.<sup>2</sup> Mit dem Ende des fordistischen Regulationsmodells wird in den institutionell verfassten Arbeitsgesellschaften der fortgeschrittenen westlichen Länder nichts mehr so sein, wie es einmal war. Die implizite funktionalistische Annahme, dass die nächste relativ stabile Konstellation des Postfordismus in ihren Konturen schon bald sichtbar werde, erweist sich in dieser Lage als „vielleicht stärkste desorientierende Hypothek aus der Diskussion über den Fordismus“.<sup>3</sup> Die Theoretiker der „reflexiven Moderne“ lenken unter den Vorzeichen von Globalisierung, Individualisierung und Erosion alter institutioneller Zwänge den Blick vor allem auf die Herausforderungen und Chancen des Neuen. Hier sind sie dem neoliberalen Zeitgeist nicht sehr fern. Eher neoinstitutionalistisch orientierte Autoren legen den Fokus demgegenüber auf die Erosion der alten, im nationalstaatlichen Rahmen ausgeprägten, Institutionen der Arbeit, betonen dabei gelegentlich die Gefahr einer „Entgewerkschaftung“ und suchen nach neuen Beispielen guter Praxis jenseits der alten institutionellen Muster. Aber es fällt schwer, an die wundersame Vermehrung von Beispielen guter Praxis in einer zunehmend deregulierten Arbeitswelt zu glauben. Vorzeigemodelle lassen sich allenfalls in einzelnen Unternehmen finden, die besonders erfolgreich am Markt sind. Es kann jedoch nur wenige Marktführer geben. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse verbreitern sich. Im Zeichen von Hartz IV sehen sich zunehmend auch Menschen bedroht, die bislang glaubten, einen gesicherten Platz im Zentrum des Erwerbsarbeitssystems unserer Gesellschaft errungen zu haben.

Noch viel zu wenige Autoren beteiligen in dieser Lage sich an Diskussionen darüber, wie „Arbeit in der neuen Zeit“ gestaltet und der institutionelle Rahmen für eine vorwärtsweisende Arbeitspolitik reformiert werden könnte. Welche Rolle die Gewerkschaften als „Kinder des Fordismus“ in diesem Zusammenhang spielen werden, ist offen. Wie sie unter radikal veränderten Bedingungen das alte Dilemma einer Doppelstrategie angehen könnten, wird kaum mehr diskutiert.<sup>4</sup> Im sozialwissenschaftlichen Diskurs des vergangenen Jahrzehnts haben sie zunehmend weniger Aufmerksamkeit gefunden. Neue Wissenschaftler-

---

1 Das 2003 von Wolfgang Schroeder und Bernhard Weßels herausgegebene Handbuch „Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland“ liest sich so auch wie ein Rückblick auf eine vergangene Zeit.

2 Nicht nur in den Debatten um das Ende des fordistischen Regulationsmodells und die Metamorphosen der sozialen Frage und der Arbeit findet sich diese These. H. Wiesenhal (1996) spricht von der „Globalisierung als Epochenbruch“; Z. Bauman (2003) spricht von einer radikal verändernden „Neuausrichtung der Moderne“; auf der BdWi-Homepage wird die These vom Epochenbruch sowohl im Hinblick auf das Ende des Fordismus als auch auf die Implosion des Realsozialismus usw. genannt.

3 So F.O. Wolf in: Scholz u.a., Arbeit in der Neuen Zeit, Münster 2004.

4 Vgl. H. Martens (2004) unter [www.forum-neue-politik-der-arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-arbeit.de).

Praktiker-Dialoge wären hier wichtig.<sup>5</sup> Sie werden sich nun neue Foren selbst schaffen müssen. Internetplattformen bieten da sogar manche Vorteile. Gleichwohl: Es bleibt sehr zu hoffen, dass die GMH ein nachfolgendes Forum finden werden für Debatten auf der Höhe der Zeit. Dem Autor, der die GMH als ein solches Forum schätzen gelernt hat, bleibt auch ein etwas wehmütiger Blick auf eine Zeitschrift, die ihn über lange Jahre begleitet hat.



## Ulrich Mückenberger: Beobachtete Gewerkschaft - gefühlte Gewerkschaft

*Prof. Dr. Ulrich Mückenberger lehrt Arbeits-, Sozial- und Europarecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.*

Unsere Gesellschaften verhalten sich wie Kranke, die, um wirtschaftlicher mit ihrem Geld umzugehen, ihre Heilmittel und erst recht die Mittel der Vorbeugung einsparen. Wir sind gut darin, die Probleme von heute auf morgen zu verschieben. Wir verschieben unsere Rentenprobleme auf die nächste Generation. Wir geben heute die Mittel aus, die in den nächsten Jahren erst zur Verfügung stehen. Wir betreiben Raubbau an der Natur. Wir sparen dafür ein, was nicht sofort, sondern erst übermorgen Früchte trägt. Irgendwann wachen wir dann auf und merken, was wir uns und Anderen angetan haben.

Die deutschen Gewerkschaften widersetzen sich dieser Haltung zwar, wenn sie an Stelle des Shareholder-value-Kapitalismus eine Stakeholder- oder Workholder-Gesellschaft anstreben. Aber in ihren eigenen Entscheidungen in finanzieller Not verhalten sie sich genauso. Die übergreifende Organisation der deutschen Gewerkschaften bleibt von den Mitgliedsgewerkschaften an der kurzen Leine gehalten. Und unter Sparzwang streicht sie die langfristigen Investitionen in ihre Entwicklungsfähigkeit. Beispielsweise versilbert sie den Ort, an dem eine langfristige innovative Jugendarbeit möglich war: das Haus der Gewerkschaftsjugend in Oberursel. Nun stellt sie das „Diskussionsorgan“ ein, „in dem Gewerkschafter und Vertreter der Wissenschaft, Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion zur Lösung der Wirtschafts- und Sozialprobleme beizutragen“ (das Motto Hans Böcklers - jeder Ausgabe der GMH beigefügt).

Wie? - der DGB ein „Kranker“, die Gewerkschaftlichen Monatshefte ein „Heilmittel“ -, werden jetzt der Eine oder die Andere fragen. Krank ist die deutsche Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Man braucht das nicht nur an den steigend rückläufigen Mitgliederzahlen festzumachen (obgleich die für die Kassierer die wichtigste diagnostische Erkenntnisquelle sind). Vor Allem das Erscheinungsbild, das die Gewerkschaften inmitten der gegenwärtigen Umbruchphase bieten, löst Trauer statt Ermutigung aus. Während so viele Gewerkschafter/innen vor Ort, in den Betrieben und Regionen, in der Tarifpolitik solide und verlässliche

<sup>5</sup> Zu nennen wären der Hattinger Kreis [www.hattinger-kreis.de](http://www.hattinger-kreis.de) oder das Forum Neue Politik der Arbeit, vgl. Scholz u.a. (2004), [www.forum-neue-politik-der-Arbeit.de](http://www.forum-neue-politik-der-Arbeit.de).

Arbeit machen, strahlt ihre Gesamtheit so überhaupt keine Überzeugungskraft und Attraktivität aus. Die beobachtete Gewerkschaft ist so schlecht nicht - aber die gefühlte Gewerkschaft ist gleich Null. Das Schmollen und gelegentliche Trotzen gegenüber der Regierung, das Hoffen auf eine und zugleich Sorgen vor einer Rechtsregierung, das dementigefolgte Liebäugeln mit attac, manchmal auch mit Linkspartei - all das strahlt den Charme des von der Schlange gebannten Kaninchens aus. Wie diese Gewerkschaftsbewegung aus der Rekrutierungsfalle herausgelangen sollte, wie sie für Jugendliche, für Frauen, für Hochqualifizierte, für Ausgegrenzte und von Ausgrenzung Bedrohte, für zivilgesellschaftliche Netzwerke und Zukunftsbündnisse Anziehungskraft ausüben sollte, wie sie überhaupt zukunftsfähig werden sollte - dafür weist sie keine Spur einer Ausstrahlung auf!

Aus der Psychoanalyse wissen wir: nicht allein die Symptome machen Krankheiten gefährlich, sondern der fehlende „Leidensdruck“, die Symptome zu überwinden. Zur Heilbarkeit gehören das rückhaltlose Eingeständnis krank zu sein; das Zutrauen zu radikalen diagnostischen und therapeutischen Verfahren und Infragestellungen; und der wirkliche Wille, geheilt zu werden. „Leidensdruck“ in diesem Sinne mag zwar auch nicht unbedingt gesellschaftliche Attraktivität entfalten: Aber würden Gewerkschaften öffentlich als energisch an ihre „Heilung“ arbeitend wahrgenommen, so hätten sie sicherlich die Sympathien all derer auf ihrer Seite, die wissen und fühlen, dass wir in der vielleicht radikalsten je erlebten Umbruchperiode sind und wohl noch allerhand unmöglich Erscheinendes für möglich halten müssen, um dieser Herausforderung gerecht zu werden. Eher jedenfalls, als wenn sie bei ihrem „Im Grunde hätten wir für Alles Lösungen“ bleiben - dem weder sie selbst noch Außenstehende trauen.

Und was hat das mit den Gewerkschaftlichen Monatsheften zu tun? Sollten sie das Heilmittel sein, derer die kranken Gewerkschaften bedürfen? Wenn ja, wieso haben sie dann nicht schon in der Vergangenheit heilend gewirkt? Die GMH haben sich in den vergangenen Jahrzehnten konsequent an der Grenzlinie zwischen Gewerkschaften und sonstigen relevanten gesellschaftlichen Akteuren bewegt. Sie haben Zukunftsthemen aufgegriffen, sich damit oft unbeliebt gemacht. Sie sind genau das Diskursorgan gewesen, mit dem sie Hans Böckler auf den Weg geschickt hat. Sie sind - daran ändern die zahlreichen Mitgliederzeitschriften, Informationsdienste und Fachperiodika der Gewerkschaften nichts - das einzige kompetente Organ eines Diskurses, das sowohl radikaler Infragestellung nach Innen (im Sinne eines vorbehaltlosen Organisationslernens) wie konsequenter Öffnung nach Außen (im Sinne des Austritts aus der gesamtgesellschaftlichen Selbstisolation) dienen konnte.

Zugegeben: Ich weiß wenig über die tatsächliche Rezeption dessen, was die GMH publizierten. Möglich, dass auch dieses Organ nicht frei davon ist, sich sozusagen um sich selbst zu drehen und sich damit von denjenigen zu isolieren, für die es sich eigentlich öffnen will. Aber ist die Einstellung eine adäquate Reaktion darauf? Ich fürchte - und bin insoweit ziemlich sicher - nein. Eher wäre die Frage zu stellen, wie ein solches Organ aus der vielleicht durch das Medium bedingten Isolation befreit werden kann. Wie kann eine solche Zeitschrift derart mit anderen Medien und Aktionsformen, mit Web-Präsenz und dezentralen folgenreichen Arenen verknüpft werden, dass die praktischen Akteure, auf deren Nähe die Gewerkschaften angewiesen sind, sie als zukunftsfähig und als hilfreich wahrnehmen? Dafür wären Testfelder zu entwickeln gewesen - und es hätte m. E. in der intellektuellen wie organisatorischen Kompetenz der GMH gelegen, sie entwickeln zu helfen. Die Schließung führt dagegen nur in eine weitere strategische Sackgasse.

Gewiss - ein Diskussionorgan ist nicht die einzige oder auch nur die Hauptquelle, aus der die erlebbare gewerkschaftliche Attraktivität sich speist. Dazu gehören zugängliche und

kompetente Dienstleistungen. Dazu gehören respektvolle Sprech- und Umgangsweisen. Dazu gehören einladende Gewerkschaftshäuser. Aber dazu gehören eben auch Foren der Öffentlichkeit und des Diskurses, auf denen sich die Gewerkschaften als lernbereiter, kooperationswilliger und zukunftsfähiger Partner in den Netzwerken der Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft präsentiert.



## Walther Müller-Jentsch: Böcklers Enkel knipsen das Licht aus

*Prof. em. Dr. Walther Müller-Jentsch lehrte Soziologie an der Ruhr-Universität Bochum.*

Für so traurige Anlässe mag ich nicht schreiben, ist mein erster Reflex, als mich die Aufforderung der Redaktion zu einem Abschiedswort erreicht – und doch setze ich mich gleich an den PC, empört und angetrieben von der Frage: Warum machen es die Gewerkschaften uns immer schwerer, sie weiterhin gegen den Zeitgeist zu verteidigen? Wenn sie so sträflich mit ihrem historischen Erbe umgehen! Ob es die Zeitschrift ist: „Von Hans Böckler begründet“ – und nun im 55. Jahrgang verabschiedet; oder die Stiftung, die seinen Namen trägt: für Gewerkschaftsvorstände Verfügungsmasse nach Gutsherrenart. Wären sinkende Abonnentenzahlen ein hinreichender Grund für die Einstellung, gäbe es viele Zeitungen und Zeitschriften nicht mehr. Sinkende Mitgliederzahlen führen doch auch nicht zur Schließung der Vorstandszentralen! Warum wird nicht vor der Einstellung das Konzept einer Nachfolgepublikation vorgelegt und damit um die Alt-Abonnenten geworben? Scheut man den Vergleich?

Nein, es ist nicht allein die Empörung, die mich zum Schreiben motiviert, sondern vor allem der Dank denen gegenüber, die das Erbe gepflegt haben, der Dank an die Redakteure und Mitarbeiter, die monatlich ein Heft mit Beiträgen füllten, die über den Tag hinaus Bestand hatten und ein Meinungsspektrum abbildeten, welches zwar vorwiegend eines der Linken war, aber nonkonform und breit genug, um Anstöße zu geben und nicht zu langweilen. Spannende Themenhefte, anregender als jede Mitgliederzeitschrift des DGB.

Dank gebührt zum Zweiten der Zeitschrift, in der ich meine erste wissenschaftliche Arbeit veröffentlichen konnte; noch immer führt dieser Aufsatz die Liste meiner wissenschaftlichen Publikationen an: „Ernst Jünger als Ideologe des autoritären Staates und der Restauration“ (16. Jahrgang/1965, H. 4). Dass ich nach der Veröffentlichung zu meiner freudigen Überraschung das Angebot für eine Assistentenstelle an der Freien Universität in Berlin erhielt (die ich freilich nicht antreten konnte, da ich erst im 4. oder 5. Semester war), hat meine Wertschätzung der Monatshefte natürlich gesteigert.

Verantwortlicher Redakteur war damals Walter Fabian, ein Pazifist und Sozialist mit Wiemarer Wurzeln, der bis 1970 die Schriftleitung innehatte, obwohl ihm schon Jahre zuvor

wegen Abdrucks eines missliebigen Beitrags gekündigt worden war, aber dank massiven Protests von außerhalb noch einige Jahre länger dieses Amt ausüben konnte. Als Autor bin ich den Monatsheften über die Jahrzehnte treu geblieben. Wenn sie in den vergangenen vierzig Jahren etwa ein Dutzend Beiträge von mir veröffentlicht haben, dann sind die meisten von ihnen auf Anfrage und Anregung der Chefredakteure Gerhard Leminsky und später Hans-Otto Hemmer geschrieben worden. Schließlich waren auch die auf Fabian folgenden Chefredakteure keine blassen Abnicker.

Gerhard Leminsky hatte mich Anfang der Siebziger des letzten Jahrhunderts zu einer Analyse des Metallarbeiterstreiks 1971 eingeladen (ob er ahnte, welches Kuckucksei er sich damit ins Nest legte?). Die Reaktion auf meine despektierlichen Äußerungen über eine durchgängig defensive Streikstrategie der IG Metall und über die Organisationsverdrossenheit der Mitglieder kam prompt: Hans Mayr, damals 2. Vorsitzender der IG Metall und für die Tarifpolitik zuständig, zitierte nach der Veröffentlichung Leminsky ans Telefon und kanzelte ihn nach Strich und Faden ab: Was ihm einfiel, eine solch negative Bilanz zu veröffentlichen! Am Ende vermutete er nichts weniger als eine Intrige des DGB gegen die IG Metall. Danach war erst mal Pause mit meiner Autorschaft.

Mit Hans-Otto Hemmer als Chefredakteur wurde sie reaktiviert. Er forderte mich regelmäßig zur Mitarbeit auf, so dass es fast jedes zweite Jahr zu einer Veröffentlichung kam. Nicht nur das: Gemeinsam mit Kurt Thomas Schmitz von der Grundsatzabteilung der IG Metall versammelte er eine Schar von Autoren, mit denen er eine „Geschichte der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland“ (Bund Verlag, Köln 1990) zu Papier brachte. Ein andermal lud er eine Gruppe von Autoren nach Frankfurt zur Diskussion mit dem damaligen Ersten Vorsitzenden der IG Metall, Franz Steinkühler, über die Zukunft der Gewerkschaften, an die wir damals noch alle glaubten – auch der Mitdiskutant Gerhard Schröder, damals noch Vorsitzender des SPD-Bezirks Hannover (39. Jg./1988, Heft 6). Zum Nachlesen empfohlen.

Natürlich hoffe ich mit vielen meiner Kollegen, dass das Ende einer Zeitschrift nicht gleichbedeutend ist mit dem Ende jener Bewegung, deren Sprachrohr sie ein halbes Jahrhundert verkörperte. Aber ein böses Omen ist es zweifellos.



## Wolf-Dieter Narr: Hier gilt kein „Ruhe in Frieden“!

*Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr lehrt Politikwissenschaft an der FU Berlin und ist seit 1971 Co-Sprecher des "Komitees für Grundrechte und Demokratie".*

Warum berührt mich die Nachricht besonders, die GMH hörten auf zu erscheinen?

Ich weiß, dies ist keine Zeit für Zeitschriften mit anderem Anspruch, als personalistischen Smalltalk bilderreich, mit kurzen Gedanken, kurzweilig sprachschmissig zu verbinden. Dass

die Lektüre von Zeitschriften zuweilen Mühe macht, zum Nachdenken über kontroverse Positionen anregt und insgeheim verlangen könnte, selbst zu urteilen und Stellung zu nehmen – die Macht des werbegewitzten Augenblicks verhindere das.

Die GMH sind ein weiteres Opfer des Flachsinn der hochtrabend genannten Informations-, gar Wissensgesellschaft. Fast keine Zeitschrift, die ich kenne, die nicht schon abgestürzt wäre oder sich verhalten muss wie der hungernde Hüttenbewohner in Chaplins „Goldrausch“. Die Hütte hängt fundamentlos jäh über dem Abgrund. Krampfhaft versucht der spielende Chaplin sich so hochzuziehen, dass er Hütte und sich vorm Sturz in den Abgrund schütze.

Nicht des Aufhebens wert. Bei mir kommt hinzu, dass ich zu den seltenen Autoren gehörte. Meine Gewerkschaftsnähe hielt sich mit meiner undogmatisch, vom erneuerten Marx informierten, dazuhin radikaldemokratischen Kritik zu offensichtlich eine prekäre Balance. Hinzukommt, dass ich mit den GMH nicht selten in einem, freilich nur in mir ausgetragenen Clinch lag. Zu viele Autoren schienen mir den Spaten der Analyse, so vorhanden, im Rucksack vergessen zu haben. Die Kritik am globalistisch intensivierten Kapitalismus wurde mir oft zu zartfühlend geäußert. Als gäbe es keine realistisch denkbare Alternative am falschen, wie eine verhängnisvolle Einbahnstraße, ja Sackgasse konzipierten „Ende der Geschichte“. Auch die in den GMH immer wieder zu findende Erörterung heute angemessener, vielmehr nötiger Strategie der Gewerkschaften als Vertreter der Klasse(n) im Dunkel ökonomischer und politischer Macht samt des mit ihr eng verwobenen Reichtums war mir oft nicht radikal, nüchtern und zugespitzt genug.

Warum kümmert also just einen wie mich das sang- und klanglose Ende der GMH? Ich zähle einige der Gründe im Telegrammstil auf:

Zum Ersten: Weil in alternativ dürrtger, von neoliberalen Natur-, sprich Ungleichheits- und Herrschaftsbehauptungen durchdrungener Zeit ein Organ dauernder analytischer Diskussion nötiger denn je ist. In ihm sind ideologische Begriffe zu kritisieren, die die arbeitenden und arbeitslosen Menschen mit Scheuklappen und Sichtblenden versehen. Und nie ist mehr Süßholz raspelnd, aber auch Sicherheitsgefahren einseitig vorgehend bewusst/unbewusst gelogen worden als in der Gegenwart. In einem solchen Organ wie den GMH ging und ginge es aber vor allem darum, Menschen zu eigenem Urteil instand zu setzen. Ihnen den Zusammenhang von Interesse und Begriff der Wirklichkeit durchsichtig zu machen. Sie zu befähigen, selbst das zu erfassen, was ihre, ihnen meist von fremden und geschönten Begriffen entzogene Wirklichkeit ausmacht.

Zum Zweiten: Heute mehr denn je ist eine dauernd bohrende Diskussion erforderlich: Wie können die Interessen der abhängig Beschäftigten und der noch abhängiger Unbeschäftigten am ehesten artikuliert und wirksam organisiert werden? Hartz I - IV demonstriert die allen geltende bürokratische Individualisierungs- und isolierende Disziplinierungsstrategie. In fast allen Ländern des Globus werden mit ortsspezifischen Methoden flexible Menschen als abhängige Größen der jeweiligen Kapital- und Herrschaftsbedürfnisse zu produzieren gesucht bis zum Gefühl der Unterworfenen (= subjekte), selbst an eigenen Elend schuld zu sein. Begreifen die Gewerkschaften nicht mehr als sie dies in den letzten Jahrzehnten getan haben, dass sie sich anders organisieren müssen, dass sie die Interessen der Menschen auf der Schattenseite des Habens und Herrschens national und wahrhaft global anders wahrnehmen müssen, dann gehen nicht nur die GMH zugrunde.

Dazu brauchte es nicht weniger, sondern mehr GMH. Eine GMH, die wahrhaft gewerkschaftsnah über die Distanz verfügte, nicht den unmittelbaren Interessen der Gewerkschaftsführungen zu dienen. Eine GMH, die dauernd ärgerte, weil sie die herrschende Wirk-

lichkeit nicht neoliberal, sondern menschenrechtsmaterial und radikaldemokratisch beim wahren Namen nannte. Und zugleich alternative Wege vordenkt.



## Oskar Negt: Eine große Tradition wissenschaftlich- gewerkschaftlicher Argumentationskunst

*Prof. em. Dr. Oskar Negt lehrte Sozialwissenschaften an der Universität Hannover.*

---

Jahrzehntelang waren die Gewerkschaftlichen Monatshefte ein Bindeglied zwischen den politischen Intellektuellen, die an den Universitäten arbeiteten und häufig genug ins Leere redeten, und einem gewerkschaftlichen Organisationszusammenhang, in dem es auch um die praktische Umsetzung des Wissens ging. Zentrale Orientierungsbegriffe der Arbeiterbewegung, wie der Gestaltwandel von Arbeit selbst, Humanisierung der Arbeitswelt, Arbeitszeitverkürzung, bis hin zum Flexibilitätsdilemma unserer Gesellschaft - alle diese und viele andere Begriffszentren sind immer wieder und auf höchstem Niveau ins Licht der Öffentlichkeit gebracht worden.

Gewiss, man kann darüber streiten, ob der relativ schmale Abnehmerkreis dieser hochwertigen intellektuellen Produkte den Aufwand rechtfertigt. Es wäre jedoch ganz verfehlt, die Ideologie der Einschaltquoten, die immer stärker zum selbstverständlichen Legitimationsausweis der Existenzberechtigung eines Mediums wird, jetzt auch in die gewerkschaftlichen Lebenszusammenhänge aufzunehmen. Eine stromlinienförmige Argumentationsweise, welche die Massen ergreift, wird es selbst dann nicht geben, wenn man auf eine breite Informationszerfaserung und bloße Bildberichterstattung zurückgreift. Die Schwerkraft wissenschaftlicher Argumentation, die für das kulturelle Mandat der Gewerkschaften unabdingbar ist, wird sich immer auf einen relativ kleinen Kreis von Abnehmern beschränken. Es sind hier Multiplikatoren ganz eigener Art am Werk, weil Gegenöffentlichkeit für die Probleme der Arbeitnehmer herzustellen gegenwärtig einen großen Kraftaufwand und langen Atem verlangt.

Mit dem Bedauern, dass die Gewerkschaftlichen Monatshefte als höchst qualifiziertes Öffentlichkeitsorgan von der Bildfläche verschwinden, möchte ich doch die Erwartung und den Wunsch verbinden, dass die an ihre Stelle tretende Zeitschrift sich dieser Tradition würdig und vergleichbar erweist.



## Sven Papcke: Der Durchblick geht von Bord

*Prof. Dr. Sven Papcke lehrt Soziologie an der Universität Münster.*

Man schreibt den 30. August 1974. An diesem Freitag geht in Paris eine Medienepoche zu Ende. Unter dem Aufmacher „Silence, on coule!“ - Psst! Wir gehen unter - verabschiedet sich die Tageszeitung Combat von ihren Lesern. Es war nicht das erste und es sollte nicht das letzte Journal sein, das in Frankreich von der Bildfläche verschwunden ist. Doch dieses Blatt war einst aus der französischen Widerstandsbewegung entstanden. Die Zeiten hatten sich indes gewandelt. Offenbar bestand kein Bedarf mehr an einer noch von älteren Gegensätzen geprägten Sichtung der Weltläufe. Und Nachfragemangel ist auch durch Gesinnungseifer nicht abzuwenden.

Szenenwechsel. Es ist irgendwie noch dasselbe Spiel, wenn es diesmal auch an der Spree zu verfolgen ist. Zwar fehlt die große Aufmerksamkeit, die der Untergang des Combat seinerzeit an der Seine fand. Aber das Ableben der Gewerkschaftlichen Monatshefte zum Ende 2004 ist ja auch bürokratisch verordnet und nicht ökonomisch geboten.

Denn kostspielig war diese Zeitschrift keineswegs. Nicht nur nicht mit Blick auf die karg ausgestattete Redaktion und schon gar nicht gemessen an dem intellektuellen Niveau, das immer gehalten werden konnte.

Sicher, es ging bisweilen etwas altbacken zu. Was nicht zuletzt damit zusammenhing, dass die GMH immer auch die Rolle einer Hauspostille der Gewerkschaften spielte. Und deren Verlautbarungen oder Debatten waren und sind nun einmal nicht immer besonders geistvoll, aktuell oder auch nur problemgerecht. Es geht dabei aber auch nicht primär um Brillanz, sondern um Verbandsmacht.

Entsprechend hatten alle Redaktionen mit dem Manko der Schwerlesbarkeit fertig zu werden. Dieses wurde indessen seit den Anfängen der Zeitschrift durch Sachbeiträge, Kommentare, Glossen, Rezensionen und immer wieder durch Schwerpunktheft und ihre Denkanstöße wettgemacht, um jener Ökonomie der Aufmerksamkeit gerecht zu werden, die mit der Neuzeit heraufzog.

Alles vergebens? Nun, nein und ja. Nein, weil die GMH seit ihrem Beginn über den Tellerrand der Gewerkschaftsoptik hinaus in die Ideenlandschaft einzuwirken wusste. Ja, weil nach 55 Jahrgängen die Zeitschrift eingestellt wird. Und das zu einem ausgesprochen heiklen Zeitpunkt. Steht die Vertretungskörperschaft der Beschäftigten doch vor Problemen, die mit der grundlegenden, diesmal wirtschaftsliberalen Bereinigung der seit 1949 - nicht zuletzt durch Einwirken der Gewerkschaften - eingespielten Sicherheitssysteme zu tun haben. In dieser Lage aber wäre - neben der Solidarität der Schwachen - nichts nötiger als der analytische Klarblick auf das, was geschieht. Mithin eben auch auf das, was zu tun wäre.

Doch nichts dergleichen! Der DGB entledigt sich eher beiläufig eines Organs, das nicht nur ein - zwar gewerkschaftsnahes, aber keineswegs organisationsgebundenes - Diskussionsfo-

rum darstellt, sondern die eigene Organisation zugleich seit langem nach außen als intellektuelles Medium repräsentiert hat. Aus und vorbei.

Stattdessen wird geplant, so ist zu hören, dem Trend zum Schickimicki-Journalismus entgegen zu kommen, über den Franziska Augstein (NG 12/2004, S. 31 ff.) jüngst das Nötige angemerkt hat. Der erstaunten Mitwelt soll offenbar ein Cicero-Verschnitt angeboten werden; das wird teuer werden, jedenfalls teurer als die GMH. Und er wird sich doch nicht lange halten können. Denn weder befriedigt er die Mitglieder, noch die auf ein solches Blatt ja nicht gerade wartende Mitwelt.

Doch sei dem wie ihm sei. Offen bleibt noch die Frage nach dem Warum dieses plötzlichen Ausstiegs des DGB aus der intellektuellen Konkurrenz. Dabei hat diese Großorganisation der Arbeitnehmer gerade gegenwärtig wieder schwer um Beachtung und Einfluss zu ringen. Oder sollte man das in ihren höheren Etagen noch nicht bemerkt haben?

Da Begründungen nicht vorliegen, lässt sich nur spekulieren. War die Richtung der GMH nicht genehm? War deren Meinungsvielfalt unbequem? Möglich ist beides. Oder haben wir es mit einem Epochenbruch zu tun, dem man sich anpassen möchte, um nicht das Schicksal des Combat zu teilen: nämlich nicht mehr wahrgenommen zu werden, weil wenigstens der geistige Widerstand gegen die Durchökonomisierung der Welt irgendwie uncool wirkt?

Ist deswegen der überraschende Umstieg auf das Feuilleton geplant?

Wer weiß. Aber wird die eigene Gesellschaftsfunktionalität nicht einmal mehr intellektuell verteidigt, gerät sie auch in der Alltagspolitik ins Abseits, mag man das in der Zentrale in Berlin auch nicht wahrhaben wollen.



## Jutta Roitsch: Abschied

*Jutta Roitsch war lange Redakteurin und Ressortleiterin bei der Frankfurter Rundschau.*

Nein, so ist allerorten zu hören, engagiert habe sich in den Vorständen der Gewerkschaften keiner mehr: Das graue Heft mit dem roten Balken verstaube in den Regalen der Funktionäre. In ihm gelesen hätten die wenigsten. Also kurz und bündig: weg mit den Gewerkschaftlichen Monatsheften. Nicht nur die Zeitschrift verschwindet, sondern auch der Name. Irgendwann soll es etwas Neues geben mit einem Titel, der in nichts mehr an die Organisationen der Arbeitnehmer erinnert. So als schäme sich der DGB inzwischen für das Etikett Gewerkschaftlich“. Die prächtigen Residenzen in Berlin, am Hackeschen Markt oder am Ostbahnhof, prägen den Stil: Etwas Hochglänzendes muss es jetzt schon sein.

---

Doch genug der Schelte über den gewerkschaftlichen Hang zum Noblen und zum Protz. So neu ist er schließlich nicht, wie spätestens seit dem tiefen Fall der Neuen Heimat und den teuren Gepflogenheiten der Vorstände bekannt ist.

Mit ihren Publikationen haben die Gewerkschaften allerdings nie geprotzt. Äußerlich blieben sie stets unscheinbar, grau eben wie die GMH. Immer war das Geld zum Wirtschaften knapp, viel zu knapp. Immer verließen sich die Stäbe, die über die Zeitschriften wachten, auf das Wohlwollen der Autoren und Autorinnen. Doch über die mangelnde Großzügigkeit bei der Präsentation ließe sich noch hinwegsehen. Schließlich sind die Beiträge der Gewerkschaftsmitglieder nicht zum Verjubeln da. Schwerer wiegt die mangelnde Großzügigkeit nach innen. Nie haben die Gewerkschaften im Einzelnen und der DGB insgesamt ein offenes Verhältnis zu ihren Publikationen gefunden. Nie haben die Macherinnen und Macher wirkliche Freiräume bekommen. Es überwog die eitle Selbstbespiegelung der Vorsitzenden und der Spitzenfunktionäre. Eifersüchtig wachten die tatsächlichen und die selbst ernannten Kontrolleure aus den Grundsatzabteilungen über die Inhalte und ahndeten jegliche Grenzüberschreitung, wobei sie die Grenzen selbst festlegten. Mit loyalen, aber unabhängigen Köpfen können der DGB und seine Gewerkschaften bis heute nicht umgehen. Pressefreiheit in den eigenen Reihen ist noch immer ein schwierig Ding. So haben auch die von gewerkschaftlichen Apparaten und Zuwendungen unabhängigen Autorinnen und Autoren ihre kritischen Zumutungen in den Monatsheften immer an den Rahmen des für die Redaktion Möglichen angepasst. Die berühmte Schere im Kopf funktionierte: nicht zum Schutz der Gewerkschaften, sondern zum Schutz der Verantwortlichen in der Redaktion.

Doch letztlich nützte auch diese Vorsicht nichts, wie das schnelle und nahezu lautlose Ende der Monatshefte beweist. Die Gewerkschaften, so lautet die pessimistische Einschätzung, brauchen eine Plattform wie die Monatshefte nicht, nicht mehr. In ihrem Alltag stehen die meisten ihrer Funktionäre so unter Druck, dass sie weder zum Lesen, geschweige denn zum Nachdenken kommen. Und schon gar nicht zu Gesprächen und Auseinandersetzungen mit den kritischen Geistern, die um die Monatshefte herum kreisten. Und wo bleibt der positive Ausblick? Ohne einen Ort der Reflexion und des offenen, streitbaren Dialogs über die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung wird es nicht gehen. Nur wie lange diese Einsicht braucht und was dann daraus praktisch folgt: wer weiß das schon.



## Kurt Thomas Schmitz: Projekt Einheitsgewerkschaft ohne Sprachrohr

*Dr. Kurt Thomas Schmitz war lange Zeit Abteilungsleiter beim Vorstand der IG Metall.*

Am 30. November 2004 beschloss der Bundesvorstand des DGB, die Gewerkschaftlichen Monatshefte, seit 1950 Sprachrohr der Einheitsgewerkschaft, zum 31. Dezember 2004 einzustellen und beauftragte den Geschäftsführenden Bundesvorstand, ein Konzept für eine Nachfolgepublikation zu entwickeln. Diese Meldung ist mehr als eine bloße Information aus dem Gewerkschaftslager. Sie lässt sich meiner Meinung nach auch als Hinweis auf eine Krise des erfolgreichen Projektes Einheitsgewerkschaft lesen. Der Beschluss des Bundesvorstandes beendete die erfolgreiche Karriere einer Zeitschrift, die 55 Jahre lang das Projekt Einheitsgewerkschaft wirkungsvoll nach innen und nach außen vertreten hat.

Der DGB-Vorsitzende Hans Böckler wies auf dem Gründungskongress des DGB in München 1949 der neuen Zeitschrift Gewerkschaftliche Monatshefte. Zeitschrift für soziale Praxis und Theorie“ eine Doppelaufgabe zu. „Sie sollen ein Diskussionsorgan sein, in dem Gewerkschafter und Vertreter der Wissenschaft, Vertreter unseres Sozialpartners wie des öffentlichen Lebens überhaupt Gelegenheit haben, in eingehender Diskussion zur Lösung der vor uns liegenden Wirtschafts- und Sozialprobleme beizutragen. Nur die gemeinsame und faire Auseinandersetzung gewährleistet das Erkennen aller Schwierigkeiten und eine Klärung des Weges, den die Gewerkschaften zu gehen sich vorgenommen haben. Die Gewerkschaftlichen Monatshefte sollen aber gleichzeitig auch für alle aktiven Gewerkschaftsmitglieder ein Rüstzeug sein, das sie befähigt, nicht nur den eigenen Kampf in der Praxis zu bestehen, sondern auch die großen Linien unserer Zielsetzung deutlich zu erkennen. Wenn die Gewerkschaftlichen Monatshefte dieser doppelten Aufgabe gerecht werden, haben sie ihren Zweck erfüllt.“

Die Monatshefte kam dieser Aufgabenstellung bis Ende 2004 erfolgreich und zur Zufriedenheit von fast zwei Generationen von Leserinnen und Lesern nach. In diesem Organ wurde über gewerkschaftliche Grundsatzfragen, über die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung und über gesellschaftspolitische und arbeitsmarktpolitische Probleme diskutiert. Die Monatshefte verstanden sich als streitbarer Diskussionspartner im Kontext der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Sie stellten die gewerkschaftlichen Positionen in der politischen, publizistischen und wissenschaftlichen Öffentlichkeit vor und luden zur kontroversen Diskussion ein, was auch gerne angenommen wurde. Sie überließen - trotz der bescheidenen Möglichkeiten, die sie hatten - die Interpretationshoheit nicht kampfflos den konservativen und nicht den arbeitgebernahen publizistischen Kräften. Sie markierten auch deutlich die Grenzen zwischen linken politischen Kräften und einer einheitsgewerkschaftlichen Interessenvertretung. Es ist nicht zu übersehen, dass die Gewerkschaftlichen Monatshefte in der Berliner Republik vor allem an Einfluss in den Gewerkschaften verloren haben. Die einzelnen Gewerkschaften distanzieren sich von dem Sprachrohr der Einheits-

---

gewerkschaft und setzten die Zeitschrift nur noch in einer begrenzten Zahl im inneren Diskussionsprozess ein. Ein anschauliches Beispiel für den Rückgang an Abonnements und den Wechsel in der Verwendung liefert die IG Metall. Für ihre Beschäftigten bezog sie zuletzt nur noch 50 Abonnements.

Das einheitsgewerkschaftliche Projekt wurde in den neunziger Jahren von einer Fusionswelle der Einzelgewerkschaften überlagert. Die Mitglieder der neuen Interessenvertretungen verloren ihre gewerkschaftliche Beheimatung und irrten in unpersönlichen Großorganisationen herum. Die Funktionäre hatten programmatische Orientierungsschwierigkeiten, und sie verloren zudem den Kontakt zu den Mitgliedern in den Betrieben. Einige betriebliche Interessenvertretungen suchten, getrennt vom „Apparat“, eigene Wege zur Lösung ihrer Probleme. Starke Mitgliederverluste in den neunziger Jahren schwächten die Finanzkraft der Organisationen und zugleich ihr Widerstandspotential in Tarifaueinandersetzungen. Viele Funktionäre rückten in dieser Zeit von dem linken Projekt Einheitsgewerkschaft ab, das in der Bonner Republik erfolgreich gewesen war und auch heute noch über genug programmatische und politische Kraft verfügt, um erfolgreich in der Berliner Republik wirken zu können. In der jetzigen Lage der Gewerkschaften muss über das linke Projekt Einheitsgewerkschaft neu diskutiert werden, damit die Gewerkschaften ihre Zukunftsfähigkeit sichern, um die es zurzeit nicht gut steht. Dazu fehlt nun seit Ende des Jahres 2004 ein Sprachrohr und ein Diskussionsorgan. Was bleibt?

Die Monatshefte waren Sprachrohr der Einheitsgewerkschaft und wurden im Laufe der Jahre ihr kollektives Gedächtnis. Die Monatshefte waren 55 Jahre lang inner- und außergewerkschaftlich ein kritischer und lebendiger Diskussionspartner. Die konsequente Vertretung gewerkschaftlicher Interessen zählte für sie mehr als ideologische Spiegelfechtereien in den Hinterstuben der Organisationen. Die Gewerkschaftlichen Monatshefte bleiben ein Fundus für die Forschung.



### Klaus Schönhoven: Rückzug aus dem öffentlichen Dialog mit Wissenschaft und Politik?

*Prof. Dr. Klaus Schönhoven lehrt Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim.*

---

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte haben die Bundesrepublik seit ihrer Gründung mehr als fünfzig Jahre lang begleitet. Mit ihrer Einstellung geht nicht nur ein Forum für die Selbstdarstellung der Gewerkschaften auf dem Meinungsmarkt verloren, zugleich vollzieht der Deutsche Gewerkschaftsbund auch den Rückzug aus dem öffentlichen Dialog mit Wissenschaft und Politik. Dies wird Folgen haben.

Galt mehr als fünf Jahrzehnte lang für die Gewerkschaften in der Bundesrepublik der Grundsatz, die Auseinandersetzung über innergewerkschaftliche, politische und gesellschaftliche Streitfragen aktiv zu führen und mit den Gewerkschaftlichen Monatsheften eine eigene publizistische Plattform für Kontroversen bereitzustellen, so scheint nun das Motto zu lauten: Meinungsvielfalt im eigenen Haus schadet der gewerkschaftlichen Geschlossenheit nach außen. Zu befürchten ist, dass die geplante „Nachfolgepublikation“ inhaltlich stromlinienförmiger konzipiert wird. Vielleicht soll sie äußerlich auch ansehnlicher sein als die hausbacken daherkommenden Monatshefte. Aber bekanntlich kommt es bei intellektuellen Diskursen nicht auf das „Medium“, sondern auf die „Message“ an.

Offenkundig ist man im Bundesvorstand des DGB auch der Ansicht, dass eine Theoriezeitschrift ein Kostenfaktor ist, der sich ökonomisch nicht rechnet und die Bilanz nur belastet. Anteilseigner mögen so denken. Doch sie schätzen das argumentative Kapital gering, das Zeitschriften wie die Gewerkschaftlichen Monatshefte jahrzehntelang gesammelt und verbreitet haben. Gewichtet man diesen in Heller und Pfennig nicht zu berechnenden Mehrwert in der Kosten-Nutzen-Bilanz der Gewerkschaften, so wird man die Entscheidung der DGB-Spitze nur als kurzfristig kritisieren können.

Als die Gewerkschaften vor anderthalb Jahrhunderten in Deutschland gegründet wurden, galt in der gesamten Arbeiterbewegung die Devise „Wissen ist Macht“. Dieser Devise fühlten sich auch die Gewerkschaftsgründer verpflichtet, die der Arbeiterbildung im Organisationsalltag einen besonders hohen Stellenwert einräumten. Mit der Einstellung der Gewerkschaftlichen Monatshefte hat der DGB sich von einem Stück seiner Geschichte als Bildungsbewegung verabschiedet. Man muss nicht Historiker sein, um nachdenklich zu werden, wenn man mit einem Beschluss konfrontiert wird, der einen Kernbestandteil der intellektuellen Identität der Gewerkschaften ohne Not preisgibt.



## Wolfgang Schroeder: Der verzögerte Abschied von der Bonner Republik

*Dr. Wolfgang Schroeder leitet die Abteilung Sozialpolitik der IG Metall und ist Privatdozent an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität Frankfurt/Main.*

Kaum ein anderes publizistisches Medium diente den Gewerkschaften im Bereich der grundlegenden Analyse und Ordnungspolitik so unpräzise und gediegen als Kompass in den Wandlungsprozessen der Bonner Republik wie die Gewerkschaftlichen Monatshefte. Diese eindrucksvolle Visitenkarte war im letzten Vierteljahrhundert das Verdienst von Hans-Otto Hemmer. Er ermöglichte damit all monatlich ein geistiges Produkt, das die Gewerkschaften als politischen Verband und Kulturorganisation auszeichnete. In diesem Sinne waren die Gewerkschaftlichen Monatshefte Mittler zwischen innen und außen: Sie wurden

nämlich nicht nur in den Gewerkschaften gelesen, sondern auch bei den Arbeitgebern, in den Universitäten, in befreundeten Verbänden und Institutionen, in den Stadtbibliotheken, Kirchen und Volkshochschulen. Mit diesem Produkt, das die Erfolgsstory Einheitsgewerkschaft in der Bonner Republik befruchtete, konnten nicht nur die gewerkschaftlichen Vorstellungen zu Wirtschaft, Gesellschaft, Geschichte und Politik über die Grenzen der eigenen Organisation kommuniziert werden, damit wurde zugleich signalisiert, dass sie ein politischer Verband sein wollten, der partikulare und universelle Ansprüche verbinden konnte, somit eine Kerninstitution des Modells Deutschland.

Mit dem Ende der Gewerkschaftlichen Monatshefte ist nicht nur ein Stück Tradition weggefallen. Dieses Ende wirft zugleich auch ein Licht auf einige herausragende Veränderungen, auf die die Gewerkschaften Antworten geben müssen. Als Erstes geht es um ihre Rolle in der Mediengesellschaft; zweitens um das Verhältnis des DGB zu den Einzelgewerkschaften, drittens um das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden, Parteien und Kirchen/NGOs, sowie viertens, um ihr Selbstverständnis als politischer Verband, indem die vorher genannten Dimensionen ihre je historisch spezifische Ausprägung erfahren. Auffallend ist: In dem Maße wie die Selbstverständlichkeiten der Bonner Republik zur Disposition gestellt wurden, haben der kontroverse Diskurs, die gediegene Analyse, der konstruktive Streit in den Gewerkschaften eher an Bedeutung verloren. Manchmal hat man den Eindruck, es wird auf hohem Niveau geschrieben, diskutiert, ohne dass es wirklich zu existentiellen Kontroversen kommt, die ernst gemeint sind und Folgen haben. Genau das wäre aber notwendig, um Chancen für neue Strategien und Konsense auszuloten.

### **Schwierigkeiten mit der Mediengesellschaft**

Der Begriff der Mediengesellschaft steht für verschiedene grundlegende Aspekte des sozialen Wandels, vor allem aber für die Veränderungen des Informationsangebots und des Informationsverhaltens. Thomas Meyer spricht sogar davon, dass wir in Deutschland seit kurzem Zeuge einer „kopernikanischen Wende“ zur Mediokratie sind, mit der Folge, dass nicht die Medien die politischen Akteure, sondern die politischen Akteure die Medien beobachten und ihr Handeln an ihnen ausrichten (müssen). Ob und inwieweit eine derartige Diagnose zutrifft, mag zunächst einmal dahingestellt sein. Richtig ist jedenfalls, dass der soziale und politische Wandel der vergangenen Jahrzehnte die Gewerkschaften in ihrer Kommunikation nach innen zu den Mitgliedern und nach außen in die Gesellschaft herausfordert und teilweise überfordert. Dabei stehen sie grundlegend vor dem Problem, dass zwischen den Anforderungen der Medienlogik und der Organisationslogik ein kaum zu überbrückender Graben zu bestehen scheint.

Die Chance für ein regelmäßig erscheinendes Magazin, das grundsätzliche Analysen und Diskurse ermöglicht, besteht darin, jenseits der Fallstricke der Mediengesellschaft eine gebrauchtsbezogene Wert-, Strategie- und Erkenntnisquelle zu sein. Doch wie kann eine solche Plattform auch Autorität beanspruchen in der Konkurrenz der vielen Medien und Angebote? Hierzu bedarf es einer nüchternen Bilanz darüber, was die Bedingungen für eine offene und tabufreie Debatte sind. Will man eine medial vermittelte Aufmerksamkeit erreichen und dadurch Politik beeinflussen, dann können Regeln der politischen Inszenierung nicht ignoriert werden. Gefährlich könnte Folgendes sein: Finden solche Debatten statt, so werden sie in der gewerkschaftlichen Binnenöffentlichkeit zunächst manchmal weniger inhaltlich,

sondern stärker verfahrensorientiert thematisiert: als Verletzung der Prinzipien innergewerkschaftlicher Rason und Loyalität - ein Sieg der Medienlogik.

Gewerkschaften brauchen gediegene Analysen; sie können aber letztlich nicht ohne Medienkommunikation auskommen, wenn sie ihr Umfeld verbessern wollen. Dies kann aus der Funktionslogik der Medien heraus nicht durch eine altbackene Organisations-PR erreicht werden. Die Angewiesenheit der Gewerkschaften auf die Kommunikation via Massenmedien verlangt ihnen das Risiko ab, den Spagat zwischen der Logik (potentieller) Mitglieder und der Medienlogik zu wagen. Denn sie müssen der Medienlogik genüge tun, um die kritische Schwelle der Massenmedien überwinden zu können. Das verlangt den Gewerkschaften auch ab, Inhalte nicht nur an den Interessen der Mitglieder, sondern auch den potentiellen Mitgliedern, also allen abhängig Beschäftigten auszurichten. Die Herausforderung für die Gewerkschaften besteht darin, die richtigen Inhalte zu identifizieren, mit denen das erreicht werden kann. Mit der gleichzeitigen fundamentalen Veränderung von Binnen- und Außenkommunikation stehen die Gewerkschaften am Anfang eines umfassenden Reformprozesses ihres Kommunikationsverhaltens. Um diese Gleichzeitigkeit bewältigen zu können, wäre es förderlich, wenn sie selbst einen professionelleren Umgang mit diesen Ebenen anstreben und in diesem Sinne ein Mehr an Medienkompetenz erreichen könnten. Eine ruhige Plattform, wie ein regelmäßig erscheinendes Tiefgangjournal, kann dabei als Kompass dienen.

### **Die Zukunft des DGB angesichts der neuen Multibranchengewerkschaften**

Der DGB braucht ein übergreifendes, grundsätzlich orientiertes Medium, um die Vielfalt der einzelnen Positionen im Kontext einer identifizierbaren allgemeinen Plattform abzubilden. Denn in dem Maße wie die Besonderheiten der Branchenkapitalismen zunehmen, bedarf es besonderer geistiger Anstrengungen, um die damit freigesetzten Kräfte der Nischenbildung einzufangen und das alle Verbindende herauszuarbeiten. In den letzten Jahren haben jedoch die unterschiedlichen politischen und ökonomischen Zentrifugalkräfte eher zu- als abgenommen. Und es besteht die Gefahr, dass sich unterschiedliche Interessen und politische Gruppen in ihren Nischen einrichten.

Neben diesen politischen Strömungen, Netzwerken und Interessengruppen in den einzelnen Gewerkschaften gibt es natürlich auch signifikante politische Differenzen zwischen den DGB-Gewerkschaften, die sich auch an differierende Verbandsidentitäten rückbinden lassen. In den 1990er-Jahren begann sich die deutsche Gewerkschaftslandschaft deutlich zu verändern. Eine der wichtigsten Reaktionen auf die veränderte Umwelt und die internen Finanzprobleme der Gewerkschaften ist in dem seit den 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts verstärkt verlaufenden Prozess organisationspolitischer Konzentration zu sehen: Während bis in die 1980er-Jahre noch siebzehn Einzelgewerkschaften unter dem Dach des DGB vertreten waren, sind dies seit 2002 nur noch acht. Durchgesetzt hat sich eine zwischengewerkschaftliche, also keine durch den DGB moderierte oder gar realisierte, Verhandlungspolitik, die nach dem Muster der Echternacher Springprozeession funktioniert. Im Ergebnis bastelten die beteiligten Akteure eine neue Gewerkschaftslandschaft, die einen deutlichen Bruch mit der gewerkschaftlichen Nachkriegsordnung bedeutet. Offen ist, ob sich die verschiedenen gewerkschaftlichen Reformprojekte überhaupt ergänzen können oder ob es nicht vielmehr zu neuen tiefgreifenden Friktionen kommen wird, die sich zu einer zusätzlichen Belastung für die gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit entwickeln. Die Abspaltung

von kleineren Gruppen (z.B. Cockpit) und die direkte Konkurrenz zwischen verschiedenen Gewerkschaften in einem Betrieb (IG Metall contra verdi bei IBM) sind ernst zu nehmende Krisensignale. Wie kann es angesichts dieser Entwicklungen zu einer besseren Zusammenarbeit der einzelnen Gewerkschaften, Gliederungen und Projekte kommen? Auch dafür bedarf es grundlegenderer Debatten, denn es kann nicht sein, dass es einfach den Kräften des Marktes überlassen wird, wann und wie sich Gewerkschaften ihre Claims abstecken; wir brauchen auch regulative Ideen, die einen fairen Wettbewerb orientieren.

### **Kommunikation mit anderen über gemeinsame Werte und Ausgangspunkte**

Die strukturellen Umbrüche, die mit der Wiedervereinigung, der Globalisierung und Europäisierung einhergehen, haben im Kontext eines umfassenden Generationenwandels zu einer Neubewertung von etablierten Gerechtigkeits- und Gemeinwohlvorstellungen geführt. Der Konsens hinsichtlich des Modells Deutschland ist weggebrochen. Die so genannten neuen „Eliten“ in Medien, Wissenschaft und Wirtschaft fordern das definitive Ende des „Modells Deutschland“. Wir haben es in diesen Bereichen mit sich pluralisierenden, nationalen und transnationalen Eliten zu tun, die kein gemeinsames politisches Verständnis mehr zusammenhält. Dagegen vorzugehen und eigene Angebote für neue tragfähige sozialstaatliche Konsense zu entwickeln, ist das Gebot der Stunde. Es geht um eine langfristige Hegemoniefähigkeit, die auf Austausch und Streit ebenso angewiesen ist, wie auf das Herausarbeiten von alten und neuen Gemeinsamkeiten, die im Sinne eines zukunftsfähigen Ganzen unaufgebar sind. Die Arbeit der Zuspitzung kann und darf sich nicht einfach in Gegenpositionen erschöpfen, es geht auch um veränderte Perspektiven, mit denen das Spiel neu geordnet werden kann. Ohne einen Konsens mit den Arbeitgebern wird es auch kein deutsches Gewerkschaftsmodell geben können. Genauso sind wir darauf angewiesen, Konsenspositionen mit den NGOs herauszuarbeiten. Beides verlangt zumindest auch außerordentliche geistige Anstrengungen.

### **Gewerkschaften als politischer Verband**

Die Rolle der Gewerkschaften als politische Verbände, die eine maßgebliche Stimme im politischen System Bundesrepublik beanspruchen, hängt nicht nur an deren Mitgliederzahl. Diese Rolle resultiert auch nicht alleine aus der erwerbsarbeitszentrierten Struktur des deutschen Sozialstaates, der Tarifautonomie und der gewerkschaftlichen Stellung in der Selbstverwaltung der Sozialversicherungen. Es hängt auch von der *Macht der Ideen* ab, die in der Lage sind, Interessen zu artikulieren und zu orientieren. Erst dadurch ist die Integration der Gewerkschaften in das wirtschaftliche und das soziale Reproduktionssystem der Bundesrepublik wirklich als lebendiger Prozess im Interesse der Beschäftigten realisierbar. Der Basiskonsens der „Bonner Republik“ bestand darin, Privateigentum, Verzicht auf eine grundlegende außerparlamentarische Opposition sowie die Westintegration anzuerkennen. Ein neu zu entwickelnder Basiskonsens der Berliner Republik, in dem den Gewerkschaften eine starke Stellung eingeräumt wird, ist mehr als ungewiss. Aber genau darum muss gestritten werden, wenn es noch nicht zu spät sein sollte. Die Gewerkschaften stehen an einem Scheideweg. Banal ausgedrückt: Wollen die Gewerkschaften weiterhin politischer Verband bleiben-

ben, der auch umfassendere Verantwortung tragen und ebensolchen Einfluss nehmen will, weil er für die Mehrheit der Beschäftigten sprechen kann, dann brauchen sie auch zukünftig grundlegendere ordnungspolitische Debatten, vor allem ein eigenes autonomes Medium dafür. Oder werden die Gewerkschaften zu einer Art partikularem Versicherungsverein? Dann kann eine solche Plattform als entbehrlicher Luxus oder sogar als anachronistisches Anhängsel aufgefasst werden. Sollte der politische Verband weiterhin das Leitbild sein, darf man nicht hinter die Gewerkschaftlichen Monatshefte zurückfallen. Und das ist keine Frage des Design, sondern des Inhalts, also vor allem dem, was die Gewerkschaften, ihre Politik und ihre gesellschaftspolitische Vision ausmacht.



## Michael Vester: Ein Forum der Diagnose des Wandels

*Prof. Dr. Michael Vester lehrt Politische Wissenschaft an der Universität Hannover.*

---

Die Gewerkschaftlichen Monatshefte haben die großen Veränderungen unserer Gesellschaft seit dem Entstehen der Bundesrepublik begleitet, und zwar aus einer lange Zeit einzigartigen Perspektive. Die Zusammenarbeit von Intellektuellen und Gewerkschaftern scheint uns selbstverständlich, und wir sehen eher auch ihre Mängel. Im internationalen Vergleich wird aber deutlich, dass die Zusammenarbeit einer großen Gruppe des Reformbürgertums mit den Gewerkschaften und den Arbeiterbewegungen eine Ausnahme in nur wenigen Ländern ist. Der soziale Wandel hat diese Zusammenarbeit starken Spannungen unterworfen, aber gerade dadurch auch produktiv gemacht.

In den ersten Nachkriegsjahrzehnten ging es um die Demokratisierung der Bundesrepublik, in Abgrenzung gegen die nationalsozialistischen und staatssozialistischen Regime auf deutschem Boden, in denen Gewerkschaften und Mitbestimmung keine eigenen Rechte hatten. In den 1960er-Jahren entstanden neue soziale Bewegungen, in denen die Jugend, die Frauen, die Zuwanderer aus anderen Kulturen und verschiedene Minderheiten ihre Rechte forderten. Dieser Wandel forderte auch die Gewerkschaften heraus.

Die große soziale und politische Öffnung zur Zeit Willy Brandts war damit verbunden, dass das Reformbürgertum sich um neue Gruppen verschiedener Herkunft erweiterte. Es wandte sich der Frage sozialer Gerechtigkeit zu und thematisierte die neuen, „postmaterialistischen“ Fragen des Geschlechter- und Generationenverhältnisses, der Zuwanderungsgesellschaft, der Bürgerrechte und des Friedens. Einige sahen darin eine Erweiterung oder auch Wiederentdeckung von Themen der Arbeiterbewegung, andere eine Konkurrenz zu diesen. War die „alte soziale Frage“ durch „eine neue soziale Frage“ historisch überholt?

---

Diese naive Gegenüberstellung war bald selber durch den neuen, heute noch anhaltenden sozialen Wandel überholt. Spätestens seit den siebziger Jahren veränderte er beschleunigt die Gestalt und Rolle der Arbeitnehmerschaft. Eine rasche, wenn auch von oben gebremste, Kompetenzrevolution machte die Mehrheit zu gut qualifizierten, bildungsaktiven Fachkräften. Die An- und Ungelernten wurden zur Minderheit, deren Arbeitsplätze durch die internationale Konkurrenz und deren soziale Sicherheit durch den Abbau des Sozialstaats immer ernster bedroht werden. Die höher und hoch qualifizierte Mehrheit gehört gleichwohl nicht zu den Gewinnern der Modernisierung. Trotz zunehmender Produktivität und Leistungsanforderung stagnieren ihre Einkommen und sozialen Standards seit den achtziger Jahren - Grundlage einer hohen Verdrossenheit über das Versagen der „Politik“. Gleichzeitig wurde die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht zunehmend untergraben. Schließlich wurde seit den „Pisa“-Studien deutlich, dass ein überholtes, stark selektives Bildungssystem die Bildungschancen, von denen die Berufschancen der Arbeitnehmer abhängen, so ungleich machte wie in keinem anderen Land.

Es war die Redaktion der Gewerkschaftlichen Monatshefte, die die Diagnose nicht zuletzt dieser Entwicklungen zu ihrem Thema machte. Sie brachte mit Kompetenz und Weitblick die Autorinnen und Autoren eines erheblich erweiterten Spektrums zusammen und machte die Meinungsverschiedenheiten produktiv, um in die gesellschaftlichen Gärungsprozesse Klarheit zu bringen. Ein so breites Spektrum wurde in wenigen Zeitschriften zusammen und zur Diskussion gebracht. Gerade heute brauchen die Gewerkschaften eine erweiterte Öffentlichkeit. Die Einstellung der Gewerkschaftlichen Monatshefte wird eine Lücke und das Bedürfnis hinterlassen, diese Arbeit wieder aufzunehmen und weiter zu führen.



## Dieter Wunder: Was der Vorstand sich gedacht haben könnte

*Dr. Dieter Wunder war Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.*

---

Zeitschriften sterben aus unterschiedlichen Gründen. Da der Bundesvorstand des DGB für seinen Beschluss zum Tod seines „Diskussionsorgans“ (so die DGB-Homepage noch am 27. Dezember 2004) öffentlich keine Argumentation gegeben hat, ist der Leser auf Vermutungen angewiesen.

So dumm kann doch ein Bundesvorstand gar nicht sein, dass er seine theoretische Zeitschrift einstellt. Das war meine erste Reaktion. Denn der Antiintellektualismus, der einige Kreise der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung früher bestimmte, ist spätestens seit den 1970er-Jahren vorbei. Aber ich suchte vergeblich nach dem Ersatz, dem Konzept einer neuen theoretischen Zeitschrift. Was hat sich der Vorstand also gedacht?

Er könnte der Meinung sein, in den Tageszeitungen wie FAZ, FR, SZ oder taz werde hinreichend und mit Niveau über die Gewerkschaften diskutiert. Allerdings nicht immer sehr freundlich, wenig theoriegestützt; vor allem aber fordern diese Zeitungen meist eine andere als die gegenwärtige Gewerkschaftspolitik, während die GMH sich immer wieder bemühten, die aktuelle Gewerkschaftspolitik, selbst wenn es schwer fällt, zu unterstützen. Das aber kann doch nicht die Intention des Bundesvorstandes sein, sich durch seine Gegner zu einer anderen Politik bewegen zu lassen.

Was ist dann das Motiv? Ist sich der Vorstand selber genug und führt mit Anspruch die notwendigen Debatten? Dafür spricht, dass der Leser der GMH immer wieder Artikel der Vorsitzenden lesen konnte. Jetzt muss man darauf verzichten. Dass der Vorstand freiwillig auf diese Publikation seiner Denkbewegungen verzichtet, überzeugt nicht, schließlich liest sich jeder gern.

Der Bundesvorstand könnte aber der Meinung sein, dass in Zeiten, da das Fernsehen das Niveau der politischen Debatten bestimmt, alles Gedruckte überflüssig, weil platzbeanspruchend und zudem geldverbrauchend ist.

Der Bundesvorstand könnte zudem der Meinung sein, dass der DGB möglichst wenig in Erscheinung treten sollte, weil seine Mitglieder, die Gewerkschaften, alles selber machen, und das optimal.

Schließlich wäre auch vorstellbar, dass die theoretisch klugen Köpfe des Bundesvorstandes die Funktion theoretischer Diskussionen durchschaut haben. Es sind Glasperlenspiele, die das Handeln sei es rechtfertigen, sei es kritisch beleuchten, die aber letztlich bedeutungslos sind. Die Zeiten sind hart, Spiele überflüssig.

Ganz sicher bin ich mir der Motive des Bundesvorstandes nicht. Seiner Weisheit sei auf jeden Fall gedankt.



## Rainer Zoll: Abschied von gestern oder Abschied von der Zukunft

*Prof. Dr. Rainer Zoll lehrt Gewerkschaftssoziologie an der Universität Bremen.*

---

Die meisten Abschiede sind traurig, so für mich auch der Abschied von den Gewerkschaftlichen Monatsheften. Wir vom „Hattinger Kreis“ diskutieren seit Jahren über die notwendigen Veränderungs- beziehungsweise Lernprozesse der Gewerkschaften. Aber gehört zu den notwendigen Veränderungen auch der Abschied von den Gewerkschaftlichen Monatsheften? Das mag füglich bezweifelt werden.

In meinem letzten Beitrag für die GMH (Gewerkschaften als lernende Organisation“, Nr.5/2003) habe ich darauf hingewiesen, dass für die Gewerkschaften ein ungewöhnlicher

---

Lernschritt ansteht, eine Veränderung von solchem Ausmaß, dass es durchaus zweifelhaft ist, ob der Lernschritt gelingt. Ein wichtiger Teil eines solchen Lernprozesses ist die Integration der zunehmenden Unterschiedlichkeit der Arbeitnehmer. Welche neuen Organisationsformen sind dafür erforderlich? Vermag die alte Arbeiterkultur, die vielfach noch die gewerkschaftliche Kultur in Europa prägt, sich so weit zu öffnen, dass sie die verschiedenen Kulturen der heutigen Arbeitnehmer aufnehmen oder wenigstens akzeptieren kann? - Ein anderes Problem, das Veränderungen der Gewerkschaften erfordert, ist die notwendige Auseinandersetzung mit den Folgen der Globalisierung; es reicht einfach nicht mehr, global zu denken und lokal zu handeln, wobei selbst das noch nicht wirklich erreicht ist. Solidarität zu globalisieren ist eine existenzielle Herausforderung für die Gewerkschaften.

Insgesamt benötigen wir im Zeitalter der reflexiven Modernisierung Instrumente, die die Reflexion, die Reflexivität der Akteure tragen und befördern. Natürlich kann darüber gestritten werden, ob die Gewerkschaftlichen Monatshefte, die sich durchaus dieser Aufgabe gewidmet haben, dafür auch das erforderliche Echo bei den Akteuren fanden. Immerhin haben sie sich darum bemüht und dazu beigetragen.

Mein wichtigstes Argument für eine Fortführung der Gewerkschaftlichen Monatshefte ist aber die Natur des Lernschrittes, der ansteht, ist der Charakter von Lernen III (in der Typologie des Lernens von Gregory Bateson): Dieser ungewöhnliche Lernprozess kann einer Organisation nur gelingen, wenn er reflexiv ist, wenn er begleitet wird von gewerkschaftlichen Diskursen - möglichst auf allen Ebenen der gewerkschaftlichen Organisationen. Diese Diskussionen müssten also vertieft und verbreitert werden, und nicht dort, wo sie bisher wenigstens im Ansatz stattfanden, auch noch abgewürgt werden. Angesichts der Schwierigkeit und der Größe der Aufgabe kann es gar nicht genug Orte der Reflexion und Diskussion geben.